

Vorprojekt nationaler Nachhaltigkeitsplan (1. Teil: Analyse)

Welche Tendenzen stehen einem nachhaltigen Luxemburg entgegen?

Für die Identifikation der nicht nachhaltigen Tendenzen in Luxemburg wurde als Ausgangspunkt eine ähnliche Analyse der EU genutzt, die Teil der Vorarbeiten zur Überprüfung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung war. Diese wurde durch die CIDD (Commission interdépartementale de développement durable) auf ihre Aussagekraft für Luxemburg überprüft und anhand der

Arbeiten, Diskussionen und Schlussfolgerungen der CIDD teils gekürzt, teils ergänzt, um aktuelle Entwicklungen zu berücksichtigen und spezifisch für Luxemburg nicht nachhaltige Entwicklungen zu identifizieren.

Die CIDD hat so eine Liste von negativen Tendenzen in den für eine nachhaltige Entwicklung in Luxemburg relevanten Bereichen erarbeitet. Diesen

Tendenzen stellt die folgende Tabelle in stark gekürzter Form die Ziele für die Umwelt- und Lebensqualität in Luxemburg gegenüber und zeigt so deutlich, wo Handlungsbedarf besteht und welche Herausforderungen im Plan für nachhaltige Entwicklung aufgegriffen werden müssen. Die Qualitätsziele sind die Antwort auf negative Tendenzen und begründen sich aus ihnen. [...]

Tabelle 1: Nicht nachhaltige Entwicklung und die Antwort darauf: Qualitätsziele für Luxemburg

Tendenzen	Qualitätsziel
1. Übernutzung der natürlichen Ressourcen, Verlust der biologischen Vielfalt durch nicht nachhaltigen Konsum und Produktion	1. Schutz der biologischen Vielfalt, Erhaltung und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen 2. Nachhaltiger Konsum und Produktion
2. Ein weiterhin zu hoher Flächenverbrauch, Boden-Übernutzung und Zerstückelung der Landschaften mit negativen Wirkungen auf Landschaft und Erholung, Grundwasser und biologische Vielfalt	3. Nachhaltige Entwicklung der Raumstruktur, nachhaltiges Bauen, Wohnen und Arbeiten
3. Ungebremschte Klimaänderung vor allem durch wachsenden Energieverbrauch	4. Klimaschutz: Begrenzung der Wirkungen von Klimaveränderungen und ihrer Kosten für Gesellschaft und Umwelt („mitigation and adaptation“)
4. Anhaltende Zunahme des Transports mit negativen Folgen für Energie- und Flächenverbrauch sowie für die Verkehrssicherheit	5. Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Verkehrsnachfrage
5. Prekarisierung der Bevölkerung (Gefahr von Armut)	6. Vollbeschäftigung 7. Prekarisierung vermeiden/vermindern 8. Zugang zu, Gerechtigkeit und Wirksamkeit des Sozialschutzes (Sicherung eines menschenwürdigen Lebens)

6. Gefährdung des Zusammenhalts der Gesellschaft (soziale Kohäsion)	9. Integration der nicht-luxemburgischen Mitbürger und der Grenzgänger
7. Gefährdung der öffentlichen Gesundheit, Entwicklung der „Wohlstandskrankheiten“	10. Gesundheit sichern, mehr Lebensqualität durch Förderung der physischen und psychischen Gesundheit, besserer Schutz vor Gesundheitsgefährdungen
8. Alterung der Gesellschaft mit Folgen für Sozialstruktur, Arbeitsmarkt und Sozialschutzsysteme	6. Beschäftigung der älteren Arbeitnehmer 8. Zugang zu, Gerechtigkeit und Wirksamkeit des Sozialschutzes
9. Gefahr von Wirtschaftskrisen durch hohe Volatilität internationaler Märkte	11. Wirtschaft krisensicherer machen, Wettbewerbsfähigkeit sichern, wirtschaftliche Diversifikation
10. Risiko des Verlustes der staatlichen Handlungsfähigkeit durch mangelnde finanzielle Ressourcen	12. Zukunftsfähigkeit der Finanzen
11. Starke Einkommensunterschiede zwischen Norden und Süden, trotz Teilerfolge, ungleicher Fortschritt in Sachen Armutsbekämpfung	13. Beiträge zur Beseitigung der Armut weltweit 14. Förderung einer globalen nachhaltigen Entwicklung
12. Herausforderungen des Bildungssystems bei der Qualifizierung und in der Nachhaltigkeitserziehung	15. Anhebung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus 16. Bildung für nachhaltige Entwicklung
13. Ungleiche Lebenschancen und Lebensqualität für Männer und Frauen	17. Gleichstellung von Frauen und Männern
14. Defizite an kohärenter Governance	18. Kohärenz der Politik und integrative Politikgestaltung (Good Governance)



1. Übernutzung der natürlichen Ressourcen, Verlust der biologischen Vielfalt durch nicht nachhaltigen Konsum und Produktion

1.1. Biologische Vielfalt

Die Artenvielfalt hat in Luxemburg in den letzten 30 Jahren besorgniserregend abgenommen. Die Hauptfaktoren dieses Trends sind der Verlust und die Zerschneidung natürlicher Lebensräume durch das Wachstum städtischer Ballungsräume sowie Handels- und Industriezonen, die Ausdehnung von Verkehrswegen, die Intensivierung der Landwirtschaft sowie die Umwandlung von Feuchtgebieten und Wasserläufen. Durch den Klimawandel besteht das Risiko, dass diese negativen Tendenzen noch verstärkt werden, mit unvorhersehbaren Auswirkungen für die Landwirtschaft, Gesundheit und den Erhalt von Ökosystemfunktionen.

26,7 % der Gefäßpflanzen sind in Luxemburg vom Aussterben bedroht. Bei der Fauna ist die Lage ebenso beunruhigend. In der Tat sind 54,8 % der Säugetiere, 41,5 % der Vögel, 33 % der Reptilien, 61,5 % der Amphibien und 62 % der

Fische in Luxemburg bedroht (Basler/ERSA 1998).

Diese beunruhigende Lage spiegelt deutlich Änderungen in der Zusammensetzung und in der Struktur unserer Landschaften wieder. Eine Studie, die auf der Interpretation von Luftphotos¹ basiert, hebt diese Entwicklung der Zusammensetzung und der Struktur unserer Landschaften für die Periode 1962-1999 hervor (siehe Abb. 1).

So sind mehr als 80 % der Feuchtgebiete über diesen Zeitraum zerstört worden. Die von Trockenrasen besetzte Fläche hat um 34,9 % abgenommen, während jene der Obstwiesen um 58,5 % reduziert worden ist.

Die Gesamtwaldfläche Luxemburgs beträgt 89 150 ha (34,3 % der Landesfläche), davon 44,8 % öffentlicher Wald und 55,2 % Privatwald. Der Laubwald überwiegt mit 68,6 % gegenüber 30,8 % Nadelwald und 0,6 % Kahlschlagflächen.



© Cheloran - flickr.com

Die Bewirtschaftung des Luxemburger Waldes entspricht größtenteils den Anforderungen einer nachhaltigen und naturnahen Bewirtschaftung.

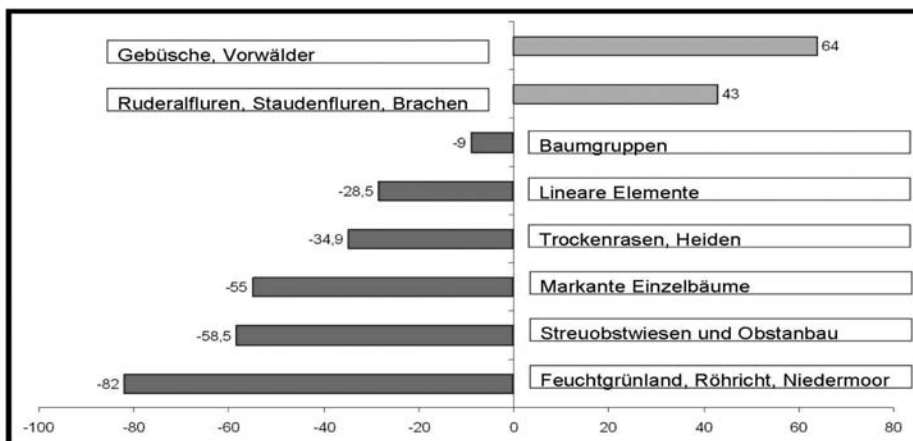
Den Waldgesundheitszustand betreffend stellt man fest, dass, wenn 1984 noch ein Prozentsatz von 79,1 an gesunden Bäumen beobachtet werden konnte, sich ihr Gesundheitszustand in den folgenden Jahren tendenziell verschlechtert hat. Der Anteil deutlich geschädigter Bäume hat in der gleichen Zeitspanne stark zugenommen.

Waren 2000 noch 43,6 % der beobachteten Bäume ohne sichtbare Schadmerkmale, so ist dieser Prozentsatz 2006 auf 34,6 gesunken.

Parallel hierzu ist der Anteil schwach geschädigter Bäume von 33 % auf 38,1 %, jener der stark geschädigten Bäume von 23,4 % auf 27,3 % gestiegen. Fast zwei Drittel unserer Bäume zeigen also sichtbare Schäden auf.

Um diesen Risiken entgegenzuwirken und den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen, gilt es, die ökosystemischen Leistungen aufrechtzuerhalten und wiederherzustellen. Ziel ist es, die Erosion der biologischen Vielfalt bis 2010 zu stoppen.

Abb. 1: Änderungen der Landschaftsstruktur in Luxemburg



1.2 Ressource Wasser: Abwasserbehandlung und Reduzierung der diffusen Verschmutzungen

Die Wasserrahmenrichtlinie fordert den guten Zustand aller Wasserkörper (Grund- und Oberflächenwasser) bis zum 22.12.2015. Der gute Zustand wird anhand von qualitativen (chemischen, biologischen, biochemischen), strukturellen und mengenmäßigen Parametern beurteilt. Zum jetzigen Zeitpunkt befinden sich etwa 45 % der Wasserkörper in einem mäßigen bis schlechten Zustand. Rund ein Drittel der luxemburgischen Gewässer werden bis 2015 den guten Zustand voraussichtlich nicht erreichen. Die Ursachen der mangelnden Wasserqualität der Gewässer sind hauptsächlich der Eintrag von ungereinigtem oder unzureichend gereinigtem Abwasser und der Eintrag diffuser Belastungen. Die qualitativen Probleme des Grundwassers sind fast ausschließlich durch diffuse Belastungen bedingt. Im Jahr 2007 waren von 476 200 Einwohnern 27 107 nicht an eine kommunale Kläranlage angeschlossen, dies entspricht 5,7 %. Der Neubau von Kläranlagen in den kommenden Jahren soll hier Abhilfe schaffen.

Das Wachstum der Bevölkerung und der ökonomischen Aktivitäten bedingen eine steigende Versiegelung der Flächen, und folglich auch eine Steige-

rung der hydraulischen Belastung des Kanalsystems und der Abwasserreinigungsinfrastrukturen. Um den Folgen des Eintrags unbehandelten Abwassers über Regenüberläufe in die Gewässer bei starken Niederschlägen entgegenzuwirken, werden Regenüberlaufbecken gebaut und bestehende Kläranlagen ausgebaut.

Steigende Abwassermengen führen des Weiteren zu einem größeren Anfall von Klärschlamm, dessen Verwertung oder Behandlung ebenfalls ein Problem darstellt. Die Ausbringung von Klärschlamm auf landwirtschaftlichen Flächen birgt u. a. das Problem der Anreicherung von Schwermetallen und Medikamentenrückständen. Nährstoffe und Pestizide stellen den größten

Rund ein Drittel der luxemburgischen Gewässer werden bis 2015 den guten Zustand voraussichtlich nicht erreichen.

Anteil diffuser Verschmutzungen in Luxemburg dar, die ihre Quellen in der Landwirtschaft, im kommunalen, staatlichen und privaten Bereich haben. Seit Anfang der 1990er Jahre wird dem Gewässerschutz im landwirtschaftlichen Bereich verstärkt Rechnung getragen. Trinkwasserschutzberatung sowie Wasserschutzmaßnahmenprogramme wurden stets erweitert. Insbesondere in den letzten beiden Jahrzehnten wurden große Anstrengungen in der Landwirtschaft unternommen, um dem Gewässerschutz Rechnung zu tragen. Durch eine strengere Gesetzgebung wurde den landwirtschaftlichen Betrieben eine große Anzahl von Auflagen auferlegt.

2/3 des Trinkwassers in Luxemburg besteht aus Grundwasser, davon wird der größte Teil aus Quellen entnommen. Die Gefahr des „Leerpumpens“ der Grundwasserleiter ist somit in Luxemburg nicht gegeben. Jedoch führt eine größere Entnahmemenge an Quellwasser zu verminderten Abflüssen in den Gewässern, zu einem zu geringen Verdünnungseffekt und somit zu qualitativen Problemen. Langfristig kann der Klimawandel die Grundwasserneubildung und damit die Verfügbarkeit von Quellwasser beeinträchtigen; auch für eine solche Entwicklung muss die Politik Vorsorge treffen.



© Kyra Fischbach

Trotz der zahlreichen Anstrengungen der letzten 2 Jahrzehnte sowie der strengeren Gesetzgebung kann bisher ein landesweiter nachhaltiger Rückgang der Belastungen noch nicht festgestellt werden, auch wenn punktuelle Erfolge zu verzeichnen sind. Dies ist zum Teil dadurch bedingt, dass eine Verringerung der Schadstoffkonzentration im Grundwasser ein sehr langwieriger Prozess ist und das belastete Grundwasser auch nach dem Greifen einer Maßnahme erst aus dem Aquifer (Grundwasserleiter) ausgetragen und durch Grundwassererneuerung ersetzt werden muss, ehe die Konzentrationen sinken – ein Prozess der Jahre dauert. Trotz großer Anstrengungen bestehen daher weiterhin punktuelle Probleme unnachhaltiger Agrarpraxen, wie z. B. unbedeckte Böden. Ziel ist eine nachhaltige und standortangepasste Landwirtschaft.

Die periodisch durchgeführten Wasseranalysen zeigen, dass nicht nur die Landwirtschaft für Pestizidrückstände verantwortlich ist, sondern ebenfalls die kommunalen und staatlichen Dienste, welche u. a. große Mengen an Pestiziden benutzen, um das Straßen- und Schienennetz frei von Bewuchs zu halten. Nicht zu vernachlässigen ist ebenfalls der Privatbereich sowie die Betriebe.

Ziel der nachhaltigen Entwicklung Luxemburgs im Bereich Wasserwirtschaft ist der Erhalt und Schutz seiner natürlichen Ge-

© Kyra Fischbach



wässer, einschließlich ihrer chemischen und biologischen Qualität. Ziele sind

- » eine gute Grundwasserqualität i. S. der Definition der EU-Wasserrahmenrichtlinie und
- » eine gute Qualität der Oberflächen-gewässer i. S. der Definition der EU-Wasserrahmenrichtlinie.

1.3 Ressource Boden

Was den Flächenverbrauch angeht, stellt man fest, dass zwischen 1990 und 2006 (letztes verfügbares Jahr) der Anteil an nicht bebauten Flächen (landwirtschaftlich genutzte Flächen, Wälder und Wasserläufe) von 92,3 % auf 87 % des Territoriums zurückgegangen ist. Dies bedeutet einen Rückgang von etwas mehr als 137 km² (oder 5,3 % des nationalen Territoriums). Diese 5,3 % setzen sich folgendermaßen zusammen:

- a) bebaute Flächen (Wohnungen, Geschäfts- und Industriebauten, Urbanisation): +116 km², d. h. 4,5 % des Territoriums;
- b) Transportinfrastrukturen: +21 km², d. h. 0,8 % des Territoriums.

Allerdings hat sich das Tempo des Verbrauchs der unbebauten Flächen durch Konstruktionen und Infrastrukturen in den letzten Jahren gedrosselt. Zwischen 1990 und 2000 sind 11 km² (oder 0,43 % des Territoriums) pro Jahr unbebaute in bebaute Fläche verwandelt worden. Dies stellt einen täglichen Verbrauch von 3 ha pro Tag dar. Zwischen 2000 und 2006 vermindert sich der Verbrauch pro Jahr auf 4,3 km² (oder 0,17 % des Territoriums), was einen täglichen Verbrauch von 1,3 ha bedeutet.

Diese Entwicklung lässt sich ebenfalls mit Hilfe der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der bebauten Flächen aufschlüsseln:

- von 1990 bis 2000: durchschnittliche jährliche Wachstumsrate = 4,54 %;
- von 2000 bis 2006: durchschnittliche jährliche Wachstumsrate = 1,35 %;

also eine Zunahme von 4,54 % für die Jahre 1990 bis 2000 gegenüber 1,35 % seit 2000.

Im Altlasten- und Verdachtsflächenkataster Luxemburg sind landesweit sämtliche bekannten Flächen dokumentiert, bei denen der Verdacht einer Boden- oder Grundwasserkontamination aufgrund

der dort stattfindenden oder stattgefundenen Aktivitäten nicht ausgeschlossen werden kann. Dieser Kataster beinhaltet 11 636 Altlasten- und Verdachtsflächen.

Qualitätsziel: Schutz der Bodenqualität in Luxemburg durch standortgerechte Nutzung und Reduzierung der Bodenversiegelung.

1.4 Ressource Luft

Reduktion von Schadstoffen, Verbote von gefährlichen Stoffen haben in den letzten Jahrzehnten zu einer verbesserten Luftqualität geführt. Kritisch bleiben jedoch die Emissionen der Stickstoffdioxide (NO₂) sowie auch der Feinstaubpartikel (PM₁₀).

Überwiegend an materiellem Wohlstand orientiert haben die Konsumgewohnheiten allerdings einen Anstieg nicht nur des Ressourcen- und Flächenverbrauchs, sondern auch der Abfälle zur Folge.

Die Messungen der Umweltverwaltung haben erwiesen, dass die jährlichen Grenzwerte (seit 2005 anzuwendenden) der Stickstoffdioxide (NO₂) von 50 µg/m³ an den großen Verkehrsknotenpunkten in Luxemburg-Hauptstadt überschritten werden. An verschiedenen Straßen-segmenten um das Stadtzentrum werden Werte von über 54 µg/m³ gemessen. 2005 wurden ebenfalls die Grenzwerte

von 40 µg/m³ an Feinstaubpartikeln (PM₁₀) überschritten, dies an denselben Knotenpunkten.

Die für das Jahr 2010 determinierten Werte sind niedriger als jene des Jahres 2005, werden aber die jährlichen Grenzwerte für Stickstoffdioxide (NO₂) von 40 µg/m³, welche für 2010 förderlich sind, überschreiten. Dieser kritische Ausgangspunkt wird sich verschlechtern in Anbetracht der Ausweitung der Straßen und Sektoren (auch außerhalb des Stadtzentrums), in welchen Überschreitungen der Grenzwerte gemessen werden.

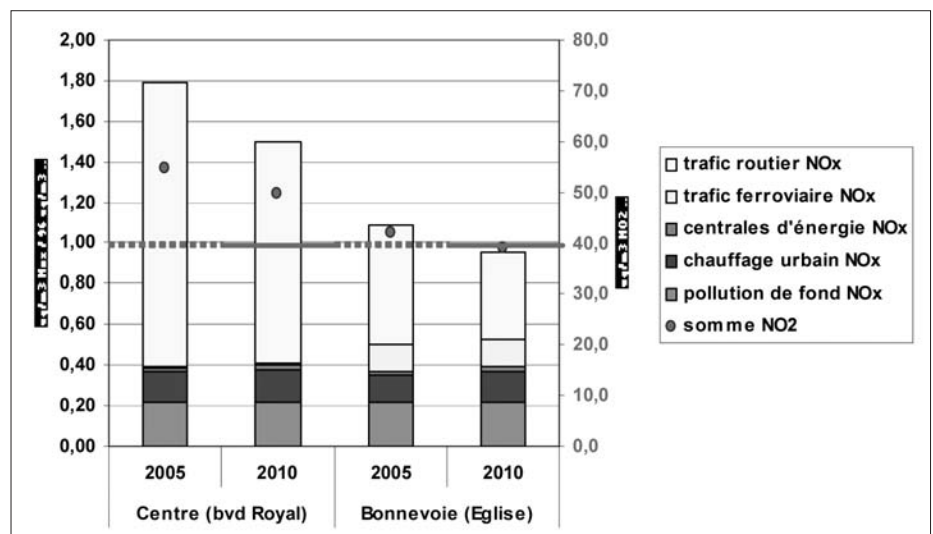
Der Hauptverursacher der NO_x-Emissionen ist der Verkehr. Man erachtet, dass im Jahre 2010 29 000 Personen auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg und Umgebung, NO₂-Emissionen, welche die Grenzwerte überschreiten werden, ausgesetzt sind: dies mit Folgen für die öffentliche Gesundheit.

Qualitätsziel ist eine Luftqualität, die weder dem menschlichen Wohlbefinden und der Gesundheit, noch der Gesundheit der Umweltsysteme schadet.

1.5 Ressource Material

Alles was der Mensch produziert, wird früher oder später zu Abfall. Materialeffizient ist deshalb eine Abfallpolitik, die an der Quelle ansetzt. Vor dem Hintergrund steigender Rohstoffpreise und einer absehbaren Verknappung natürlicher Ressourcen gewinnt dieser Ansatz zusehend an Bedeutung.

Impakt der Emissionsquellen an den 2 Messstationen in Luxemburg-Stadt



Materialeffizienz in der Abfallwirtschaft setzt auf drei Ebenen an:

1) Abfallvermeidung: dies bedeutet, Produkte so herzustellen, dass sie wenig materialintensiv sind. Es bedeutet aber auch Produkte herzustellen, die langlebig, reparierfähig und wieder verwertbar sind.

2) Abfallverwertung: effiziente Abfallverwertung und somit ein verantwortlicher Umgang mit den natürlichen Ressourcen setzt voraus, dass die Materialien solange wie möglich im Stoffkreislauf gehalten werden. Dies kann allerdings nur dann erfolgen, wenn die Qualität der Materialien best- und längstmöglich beibehalten wird. Verschmutzungen und Vermischungen mit anderen Materialien sind zu vermeiden. Eine qualitativ hochwertige und selektive Erfassung der verschiedenen Materialien so nah wie möglich am Anfallort ist sicherzustellen.

3) Abfallbeseitigung: insofern eine stoffliche Verwertung nicht machbar ist, ist es sinnvoll, die Materialien so weit aufzubereiten, dass sie einer Beseitigung mit höchstmöglicher energetischer Effizienz unterworfen werden.

Überwiegend an materiellem Wohlstand orientiert haben die Konsumgewohnheiten allerdings einen Anstieg nicht nur des Ressourcen- und Flächenverbrauchs, sondern auch der Abfälle zur Folge.

2004² belief sich die Gesamtabfallproduktion in Luxemburg auf 8 366 709 Tonnen (8 241 364 T nicht gefährlicher Abfall und 125 345 T gefährlicher Abfall). Die Gesamtmenge an Hausmüll beträgt 266 000 Tonnen, dies macht eine Hausabfallproduktion von 589 kg pro Einwohner aus.*

Anteile der verschiedenen Kategorien

6 808 000 T	Bauschutt
50 442 T	Glas
86 311 T	Papier/Pappe
19 586 T	Plastik
108 326 T	Holz/Baumrinde
193 666 T	Schrott
30 340 T	verseuchter Boden

Bezeichnend für die Entwicklung ist das Aufkommen an Verpackungsabfall. Seit dem Abfallwirtschaftsplan des Jahres

2000 haben die Quoten der Wiederverwertung und der Aufwertung (% gewichtsmäßig) der Verpackungsabfälle wie folgt variiert:

Verpackungsmaterial	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Glas ⁽¹⁾	82,6	91,1	83,5	90,4	93,5	91,5
Papier/Pappe ⁽¹⁾	36,7	59,4	60,2	63,4	64,5	69,3
Plastik ⁽¹⁾	35,9	33,7	28,3	23,5	34,5	29,6
Metalle ⁽¹⁾	68,1	76,7	79,1	69,8	66,4	63,3
Holz ⁽¹⁾	-	-	-	-	-	52,8
Total ⁽²⁾	58,9	69,5	61,5	86,7 ⁽³⁾	90,6 ⁽³⁾	88,1 ⁽³⁾

Erklärungen: (1) Wiederverwertungssatz der verschiedenen Materialien, (2) Wiederverwertungssatz, (3) Wiederverwertungssatz, Verbrennung der Verpackungsabfälle in Einrichtungen mit Energierückgewinnung einbegriffen

Luxemburg hat bereits 2007 jene Ziele für Wiederverwertung und Verpackungsverwertung, welche aufgrund europäischer Direktiven für den 31. Dezember 2008 zu erreichen sind, erreicht. Jedoch muss man eine negative Tendenz in Bezug auf den Abfall aus Verpackungen feststellen.

Luxemburg benötigt derzeit etwa das Doppelte seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche [...], um die Bevölkerung zu ernähren.

Bei der Vergleichsanalyse der Haushaltsrestabfälle durch die Umweltverwaltung wurde festgestellt, dass der Anteil an Plastik von 19,60 kg/pro Einwohner in den Jahren 1992-94 auf 44,22 kg/pro Einwohner gestiegen ist. Dies stellt einen Anstieg von +125,6 % dar. Eine andere Abfallart, die eine rasante Entwicklung kennt, sind die elektrischen und elektronischen Abfälle. Der jährliche Durchschnittsatz an eingesammeltem elektrischem und elektronischem Abfall durch Haushalte liegt bei 8,37 kg pro Einwohner. Luxemburg liegt so mit der Schweiz und Norwegen an der Spitze.

Eine weitere alarmierende Entwicklung ist jene des Aufkommens von Bauschutt. So sind im Jahre 2007 6 218 922 Tonnen Bauschutt abgelagert worden. Dies sind 13,06 Tonnen pro Einwohner und stellt ein Anwachsen von 27,7 % mit 2006 verglichen dar. Insgesamt stellen diese Mengen ein Volumen von rund 3,5 Millionen m³ dar. Die Ablage-

rung dieser Abfallart stellt somit einen erhöhten Flächenverbrauch dar. Nimmt man sämtliche Formen der Wiederverwertung von Bauschutt in Betracht

(Benutzung für Erddämme, Geländeaufschüttungen, Brechen zur Herstellung von Verfüll- und Unterbaumaterial), liegt die Verwertungsquote insgesamt bei 46 %.

Qualitätsziel im Bereich Material ist langfristig eine Dematerialisierung von Produktion und Konsum, mit der Folge geringerer Transportvolumina und Abfallmengen.

1.6 Nachhaltigkeit von Konsum und Produktion

Biologische Landwirtschaftsprodukte kaufen bedeutet besonders, etwas für seine Gesundheit zu tun sowie die Umwelt und das Klima verstärkt zu schützen. Regionale Produkte erwerben heißt weniger Verkehrsbelastung sowie Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft im ländlichen Raum sichern. Waren aus fairem Handel kaufen heißt globale Verantwortung übernehmen und die Armut bekämpfen. Zur Förderung nachhaltigen Konsumierens und Produzierens gehört die Verbesserung der Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Produkten und Prozessen und die Förderung ihrer Übernahme durch Wirtschaft und öffentliche wie private Verbraucher.

Haushaltskonsum: Da der Konsum der Haushalte im Wesentlichen in nur drei Bereichen umweltrelevant ist (Bauen und Wohnen, Mobilität, Ernährung), genießen diese Priorität.

Der Flächenverbrauch durch die menschlichen Aktivitäten, insbesondere aber den Wohnraum, beinhaltet eine wichtige Herausforderung für die nachhaltige Entwicklung des Territoriums,

da der Boden eine wesentliche, aber begrenzte Ressource darstellt. Seit den 1970er Jahren – ausgehend von 135 m² – hat sich in Luxemburg die durchschnittliche Wohnfläche der Einfamilienhäuser konstant vergrößert. Für den Zeitraum 2000-2004 waren es 178 m² und im Jahre 2005 187 m². Die durchschnittliche Wohnfläche der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern hat sich jedoch nicht in diesem Maße entwickelt. Bei 83 m² für den Zeitraum 2000-2004 und 85 m² für 2005 bleibt die Wohnfläche pro Wohneinheit in derselben Größenordnung wie in den 1970er Jahren mit 82 m².³ In Luxemburg werden die vorhandenen Bauflächen sehr intensiv genutzt. Auf Landesebene werden für die Ersterhebung einer Wohnung 528 m² benutzt, dies stellt eine Wohndichte von 19 Einheiten pro Hektar dar. Der Flächenverbrauch für Wohnungen zwischen 1997 und 2004 ergibt insgesamt 926 ha, mit dem korrespondierenden Bedarf für Straßen und öffentliche Plätze waren es 1 030 ha.⁴ Außer dem Verbrauch der Ressource Boden muss in diesem Kontext ebenfalls der Energieverbrauch in Erwägung gezogen werden.

Luxemburg benötigt derzeit etwa das Doppelte seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche (125 000 ha, davon ca. 65 000 ha Dauergrünland), um die Bevölkerung zu ernähren. 2007 hat Luxemburg aus seiner Landwirtschaft folgende Selbstversorgungsgrade erreicht:

Milch und Frischprodukte: 66,6 %, Butter: 69,9 %, Käse: 38,9 %, Rind und Kalbfleisch: 86,0 %, Schweinefleisch: 68,5 %, Eier: 29,3 %, Geflügelfleisch: 0,5 %, Wein: ca. 50 %, Getreide: 97 %, Kartoffeln: 39,2 %, Obst und Gemüse: unter 1 %.⁵ Für alle anderen Agrarprodukte liegen wegen marginaler oder fehlender Produktion keine genauen Daten zum Anteil der lokalen Produktion am Verbrauch vor. Diese hohe Inanspruchnahme von landwirtschaftlicher Nutzfläche liegt vor allem am intensiven Konsum von tierischen Nahrungsmitteln (Fleischkonsum von 92,8 kg/Einwohner im Jahre 2007).*

Luxemburg liegt im weltweiten Pro-Kopf-Verbrauch bei Fair/Trade-Produkten auf Rang 4 hinter der Schweiz, Großbritannien und Dänemark.

Nachhaltiger Konsum der Haushalte braucht Information und die Überzeugtheit der Konsument/innen, eine positive Bewertung durch die Gesellschaft (die wiederum durch Erziehung und Bewusstseinsbildung befördert werden müssen) und die Verfügbarkeit besserer Alternativen. Die Information zu nachhaltigem Konsum muss zielgruppenspezifisch angelegt sein.

Staatskonsum kann in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sicherheit umweltrelevant sein (die soziale Nachhaltigkeit der erstellten Dienstleistungen wird in den entsprechenden Kapiteln

dieses Plans beschrieben). Als einer der großen Nachfrager kann die öffentliche Hand Angebote stimulieren und Märkte in Richtung sozialökologischer Nachhaltigkeit beeinflussen.

- » *Erstes Ziel ist es, das Bewusstsein der Konsument/innen zu fördern und vom Wissen zum Handeln zu kommen.*
- » *Zweites Ziel ist es, nachhaltigen Konsum als Selbstverständlichkeit, gegen die gute Bürger/innen nicht verstoßen, im allgemeinen Verhaltenskodex der Einwohner zu verankern.*
- » *Drittes Ziel ist es, die bequeme Verfügbarkeit eines vielfältigen Angebots nachhaltig hergestellter Produkte und Dienstleistungen in Luxemburg zu sichern.*

¹ Ministère de l'Environnement. Landschaftsmonitoring Luxemburg 2006, Hansa Luftbild.

² Umweltverwaltung gemäß der statistischen Verordnung über Abfälle 2150/2002/CE, Daten für 2006 werden Ende Juni 2008 vorliegen.

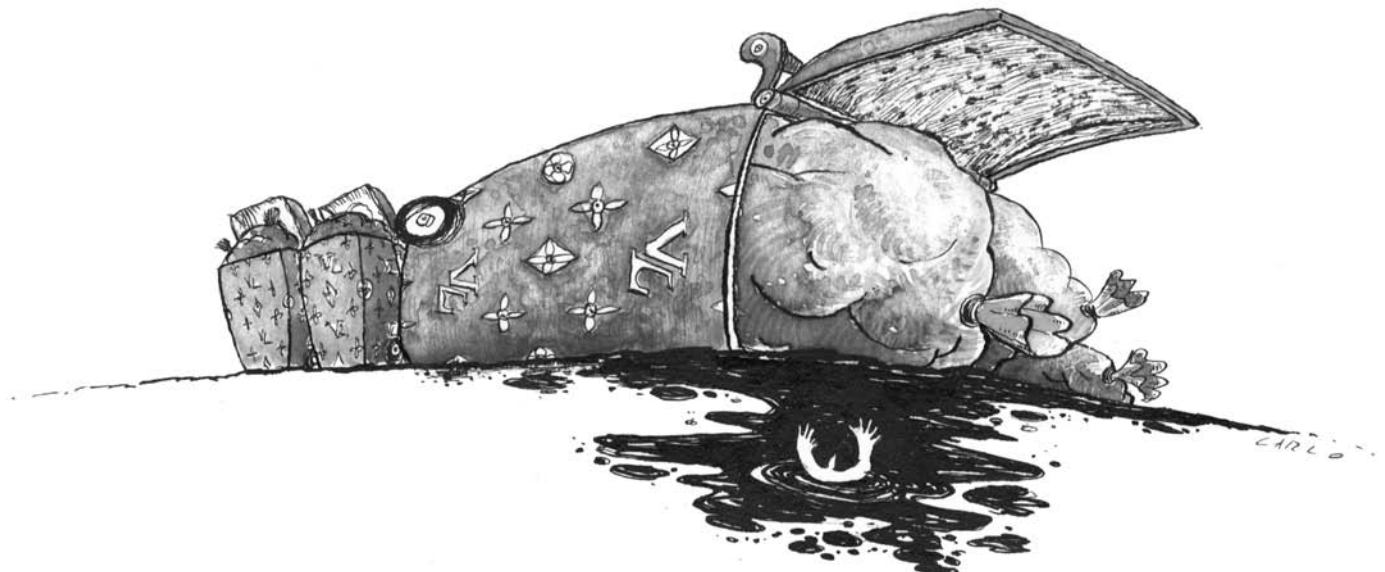
* inklusive Abfallproduktion durch Grenzgänger

³ Bulletin du STATEC n° 10 - 2007

⁴ La note de l'Observatoire de l'Habitat n° 7, La consommation foncière au Luxembourg entre 1997 et 2004

⁵ Die Zahlen sind nach den bestehenden statistischen Regeln betreffend die Produktion, die Einfuhr und die Ausfuhr von Nahrungsmitteln erstellt. Sie tragen nicht der Tatsache Rechnung, dass ein hoher Anteil der luxemburger Rohmilch und an Schlachttieren ins nahe Ausland zwecks Verarbeitung exportiert werden.

* Diese Zahl beinhaltet den Fleischkonsum durch Grenzgänger.



2. Zu hoher Flächenverbrauch: Bodenübernutzung und Zerstückelung der Landschaften mit negativen Wirkungen auf Landschaft und Erholung, Grundwasser und biologische Vielfalt

Luxemburg hat sich in den letzten 20 Jahren sehr dynamisch entwickelt und als wirtschaftlicher Motor der Großregion etabliert. Eng gekoppelt an das Wirtschaftswachstum sind der hohe Zuwachs an Arbeitsplätzen und Einwohnern infolge Einwanderung sowie die immer enger werdenden Verflechtungen mit den Grenzregionen über die stetig wachsende Zahl der Grenzgänger. Aus räumlicher Sicht hat der wirtschaftliche Strukturwandel in einem hohen Maße auch die Raumstruktur und die Flächeninanspruchnahme in Luxemburg bestimmt, welche in den letzten 20 Jahren sprunghaft angestiegen ist und jetzt grob bei ca. 1,3 ha Versiegelung pro Tag liegt.

Über den eigentlichen Flächenbedarf hinaus hat sich auch die Raumstruktur u. a. über die zunehmend zu beobachtende Funktionstrennung und Spezialisierung der Flächen grundlegend verändert, z. B. über die Entwicklung großflächiger und wenig dicht bebauter Aktivitätszonen. Heute sind über 50 % aller Arbeitsplätze in der Stadt Luxemburg und den direkt umliegenden Gemeinden angesiedelt, während sich die Wohnsitze in die Peripherie der Agglomerationen und den ländlichen Raum verlagert haben. Eine unzureichende interkommunale Koordination der Baulandausweisung und der explosionsartige Anstieg der Wohnbaupreise sind Faktoren, die diese Entwicklung unterstützen und weiter beschleunigen.

Auch wenn die Preisentwicklung mittlerweile vielerorts indirekt zu einer dichteren Bauweise beiträgt, muss ebenso

auf die räumlichen Konflikte hingewiesen werden die vielerorts hieraus resultieren. Dies betrifft insbesondere den ländlichen Raum, der sich durch nicht an die ländlichen Gegebenheiten und Maßstäbe angepasste Bauweisen strukturell ungünstig verändert. Das gilt auch, wenn hohe Siedlungskonzentrationen an Standorten entstehen, die qualitativ

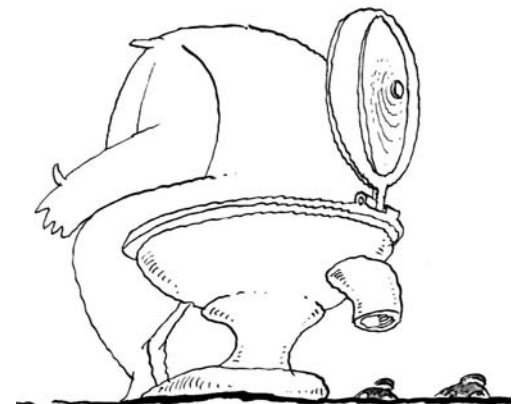
Über den eigentlichen Flächenbedarf hinaus hat sich auch die Raumstruktur u. a. über die zunehmend zu beobachtende Funktionstrennung und Spezialisierung der Flächen grundlegend verändert [...].

nur unbefriedigend über einen dauerhaft konkurrenzfähigen ÖV erschlossen werden können. Eine solche Entwicklung riskiert auf Dauer den Individualverkehr überproportional zu fördern und letztlich über den Ausbau von Verkehrsinfrastrukturen die Landschaft, welche heute bereits stark fragmentiert ist, weiter zu zerschneiden, mit negativen Folgen für Landschaftsqualität, andere Nutzungen und die biologische Vielfalt.

Aufgrund der langfristigen Stabilität und teilweise sogar Irreversibilität von räumlichen Strukturen und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Fläche eine begrenzte und nicht erneuerbare Ressource darstellt, soll den räumlichen Belangen in Zukunft eine größere Bedeutung in allen Politikfeldern zukommen.

Luxemburg verfügt mit dem Integrativen Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept IVL von 2004 über einen ehrgeizigen Rahmen der Raum- und Regionalentwicklung, dessen schrittweise Umsetzung auch den Zielen der nachhaltigen Entwicklung Luxemburgs dient.

Umwelt- und Lebensqualitätsziel für Luxemburg ist eine nachhaltige Entwicklung der Raumstruktur, sowie nachhaltiges Bauen, gestützt durch die Förderung von nachhaltigem Konsumieren und Produzieren, wobei eine soziale und wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der Tragfähigkeit der Ökosysteme und die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbeeinträchtigungen angestrebt wird.



3. Ungebremste Klimaänderung vor allem durch wachsenden Energieverbrauch

Der Kampf gegen den Klimawandel ist eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Durchschnittstemperatur in Europa ist in den letzten 150 Jahren um 0,9 °C gestiegen. Laut IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) ist der größte Teil der Erderwärmung in den letzten 50 Jahren dem Menschen und seinen Aktivitäten zuzuordnen. Bis 2100 ist ohne Gegensteuern eine Erderwärmung von 1,8 bis 4,0 °C zu erwarten, mit verheerenden weltweiten Folgen für Natur und Menschen; mit Rekordregen und verheerenden Überschwemmungen, Hitzewellen, Trockenperioden und Wasserknappheit; mit Auswirkungen auf Gesundheit und Ansteigen des Meeresspiegels von 18-59 cm. Ein Schmelzen bzw. Abrutschen des Eises in Grönland und in der West-Antarktis noch in diesem Jahrhundert ist nicht auszuschließen; es würde im Ernstfall den Meeresspiegel um 7 resp. über 20 Meter ansteigen lassen.

Zusätzlich zu den negativen Folgen für Mensch und Natur sind die Kosten der Klimaänderung hervorzuheben. Laut Stern-Bericht würden die Kosten der Tatenlosigkeit für die Weltwirtschaft 5-20 % des weltweiten BIP geschätzt. Alleine die in Europa durch Überschwemmungen verursachten Schäden könnten auf 150 Milliarden US\$ pro Jahr steigen (laut einer Schätzung der Association of British Insurers). Andererseits sollte hervorgehoben werden, dass – laut IPCC-Bericht und Stern-Report – die geschätzten gesamtwirtschaftlichen Kosten einer Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration weitaus geringer ausfallen (Reduzierung der durchschnittlichen jährlichen BIP-Zuwachsraten um etwa 0,12 %). Trotz des zum Teil unwiderruflichen Charakters der Klimaänderung ist es möglich, die

Auswirkungen zu begrenzen, wenn innerhalb der nächsten Jahre Klimaschutzmaßnahmen konsequent umgesetzt werden. Das IPCC ist der Meinung, dass – um die potentiellen Gefahren des Klimawandels zu begrenzen – der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur nicht 2 °C überschreiten darf; so wird z. B. das Abschmelzen des Grönlandeises

Zusätzlich zu den negativen Folgen für Mensch und Natur sind die Kosten der Klimaänderung hervorzuheben.

ab 1,9 °C erwartet. Auch deshalb hat sich die EU das Ziel einer Begrenzung auf 2 °C zu eigen gemacht. Dies erfordert ein deutliches Umsteuern, wie das „business as usual“-Szenario im „World Energy Outlook“ der IEA (International Energy Agency) zeigt. Es prognostiziert einen Anstieg der Energienachfrage von mehr als 50 % bis 2030 und eine Erdölabhängigkeit des Transportsektors von 95 %. Die IEA sieht zu Recht ein solches Szenario als gänzlich inakzeptabel an. Diese Szenarien zeigen, dass die wirtschaftlichen Kosten unseres Handelns im Klimaschutz beträchtlich geringer sein werden als jene, die sich aus unserer Untätigkeit ergeben würden. Energieeffizienz wird so in nächster Zukunft

zu einem Schlüssel-Parameter auch der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.

Zwischen 1990 und 1998 erfolgte in Luxemburg ein Rückgang der Treibhausgasemissionen, überwiegend durch die Umstrukturierung der Stahlindustrie. 2005 waren die Emissionen jedoch auf demselben Stand wie 1990 (13,26 Mio. t CO₂-Äquivalent). Der Anstieg war überwiegend verkehrsbedingt. Auf der Grundlage des Kyoto-Protokolls hat 17 Luxemburg in der innereuropäischen Burden-Sharing-Vereinbarung seine Bereitschaft erklärt, die Emissionen bis zur Periode 2008-2012 auf 72 % des 1990er Niveaus zu senken. Dies bedeutet, dass Luxemburg in der Referenzperiode 2008-2012 9,48 Mio. t CO₂-Äquivalent erzeugen darf. Dies erfordert u. a. eine Energiepolitik im Einklang mit den Zielen der Versorgungssicherheit, der Wettbewerbsfähigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit.

Umwelt- und Lebensqualitätsziel für Luxemburg im Bereich Klimawandel ist ein eigener Beitrag zur Begrenzung der Klimaänderung auf 2 °C durch Reduktion der Treibhausgasemissionen sowie eine Begrenzung ihrer Wirkungen auf Gesellschaft und Umwelt („mitigation and adaptation“) und deren Kosten. Zur Verringerung („mitigation“) gehört es, die Energieeffizienz zu erhöhen und fossile Energie durch erneuerbare Energien zu ersetzen.



4. Anhaltende Zunahme des Transports mit negativen Folgen für Klima, Energie- und Flächenverbrauch sowie für die Verkehrssicherheit: Notwendigkeit einer Entkopplung von Wirtschaftsentwicklung und Verkehrsnachfrage

Der Anstieg der Luxemburger CO₂-Emissionen ist größtenteils auf die Steigung der Emissionen im Verkehrssektor zurückzuführen (2,59 Mio. t in 1990 – 3,87 Mio. t in 1998 – 7,15 Mio. t in 2005). Im Zeitraum 1985-2004 betrug das Wirtschaftswachstum in Luxemburg durchschnittlich 5 %, wobei es für das Jahr 2006 bei 6 % lag. Damit nimmt Luxemburg weiterhin eine Spitzenposition im europäischen Vergleich ein. Dieses anhaltende Wirtschaftswachstum, welches einem jährlichen Anstieg der Arbeitsplätze von ungefähr 10 000 Einheiten gleichkommt, stellt sowohl die nationale, regionale und lokale Landesentwicklungsplanung (s. § 2, Flächennutzung) als auch die Verkehrsplanung vor bedeutende Herausforderungen. Aus der monozentrischen Aufteilung der Arbeitsplätze resultiert ein starkes Verkehrsaufkommen zwischen dem urbanen und dem ländlichen Raum.

Die neu geschaffenen Arbeitsplätze werden mehrheitlich und weiter zunehmend von Grenzgängern belegt, deren Anzahl mit einem jährlichen Wachstum von knapp 9 000 Einheiten im Jahr 2007 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Diese Entwicklung, die zu Beginn der 1990er Jahre ihren Anfang hatte, hat sich in den letzten Jahren zusehends verstärkt und hat zu mittlerweile 140 000 Grenzgängern geführt. Ihre täglichen Fahrten zwischen Arbeitsplatz und Wohnsitz bestehen größtenteils aus direkten IV-Fahrten (85 %), und die durchschnittliche Länge der vom Grenzgänger im PKW zurückgelegten Fahrten beträgt 43 km, das Dreifache der Länge des vom durchschnittlichen Einwohner zurückgelegten Weges. Auch deshalb ist das Verkehrs-

aufkommen im Personennahverkehr von 1999 bis 2002 von 4 Milliarden auf 5,25 Milliarden Personenkilometer gestiegen.

Bedingt durch den hohen Lebensstandard, die Lage im Herzen eines der am dichtesten besiedelten Gebiete Europas und den regen Austausch mit den Nachbarländern verfügt Luxemburg über eine überdurchschnittliche Intensität im Bereich

Eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Verkehrsnachfrage ist die Kernaufgabe des Klimaschutzes in Luxemburg.

des Personentransportes. Der Motorisierungsgrad der Bevölkerung ist zwischen 1990 und 2006 von 220 000 auf 376 000 Kraftfahrzeuge angewachsen und stellt damit den höchsten in Europa (EU25) dar. Im Vergleich dazu stellt der Modal Split-Anteil des öffentlichen Verkehrs bei inländischen Fahrten 16 % dar, was einen gesamten (national und grenzüberschreitend) Modal Split von 12 % im Referenzjahr 2002 ergibt. Diese Entwicklung zeigt, dass das wirtschaftliche Wachstum in Luxemburg eng mit dem Zuwachs des Verkehrsaufkommens verbunden ist. Die Entkopplung von Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung (einschließlich Grenzgänger) einerseits und Verkehrslasten andererseits stellt eine große Herausforderung für die Nachhaltigkeit Luxemburgs dar. Eine Lösung wird vom Ausbau einer umweltgerechten Transportinfrastruktur sowie einer effizienten landesplanerischen Entwicklung abhängen.

Schätzungsweise 75 % des in Luxemburg verkauften Treibstoffs werden exportiert. Die im Ausland entstehenden Emissionen des Treibstoffexports weisen eine besondere Dynamik auf. Sie machten 1990 knapp 15 %, im Jahre 2004 bereits rund 41 % der Luxemburg insgesamt zugerechneten Emissionen aus; in der Referenzprognose (ohne weiteren Maßnahmen) wird dieser Anteil bis 2012 auf 46 % steigen. Der Faktor Tanktourismus – der für die Gesamtbilanz entscheidend ist – kann nur reduziert werden, wenn die Preise denen der Nachbarländer angeglichen werden. Dies wird jedoch erhebliche finanzielle Einbußen für Luxemburg mit sich bringen und kann deshalb nur schrittweise umgesetzt werden.

Fortschritte sind in Bezug auf die Verkehrssicherheit zu registrieren. Waren im Jahr 2001 69 Verkehrstote zu beklagen, ist 2007 diese Zahl auf 41 gesunken.

Eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Verkehrsnachfrage ist die Kernaufgabe des Klimaschutzes in Luxemburg. Sie ist zudem nicht nur ökologisch, sondern auch sozial notwendig. Das Ziel ist eine Reduzierung von Verkehrsschäden, von Abgasemissionen über Flächenverbrauch für Infrastruktur bis hin zur Verringerung der Zahl der Unfallopfer und Lärmschutz für die Bürger/innen. Dazu dient auch die Ausrichtung der Stadtentwicklung am bestehenden und künftigen Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel. Weitere Beiträge bieten die (auch räumliche) Diversifizierung der Wirtschaft und die weiter verbesserte Abstimmung von Industrie- und Wirtschaftsstrukturpolitik, Siedlungs- und Verkehrspolitik in der Großregion.

5. Prekarisierung der Bevölkerung

Der auf dem Europäischen Rat von Laeken im Dezember 2001 angenommene Indikator „Armutsgefährdungsquote“ ist ein wesentlicher Bestandteil der ergebnisorientierten Überwachung der Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung. Die Armutsgefährdungsquote wird definiert als Anteil von Personen mit einem verfügbaren Haushalts-Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle für Armutsgefährdung, die mit 60 % des verfügbaren nationalen medianen Äquivalenzeinkommens angesetzt ist.⁶ Aus den letzten diesbezüglich für Luxemburg verfügbaren Daten⁷ ergibt sich folgendes Bild:

- der nationale Schwellenwert für Armutsgefährdung lag im Jahr 2007 bei 1 495 EUR/monatlich für einen Einpersonenhaushalt und bei 3 011 EUR/monatlich für einen Haus-

halt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren,

- der armutsgefährdete Bevölkerungsanteil betrug 2007 insgesamt 13,5 %,
- zu den Haushaltstypen, die dem Armutsrisiko in besonderem Maße ausgesetzt sind, gehören:
 - Einpersonenhaushalte (Alter unter 64): 17 %,
 - Zwei Erwachsene mit drei oder mehr abhängigen Kindern: 25 %,
 - Alleinerziehende mit einem oder mehreren abhängigen Kindern: 45 %⁸

Laut STATEC erlauben die statistischen Irrtumsmargen bei der Messung der Armutsgefährdungsquoten keine statistisch gestützte Bewertung der Entwicklung zwischen 2006 (14 %) und 2007 (13,5 %).⁹ Da zu den Voraussetzungen einer nachhaltigen Entwicklung jedoch das Wohlergehen aller Gesellschaftsmit-



glieder gehört, muss die Armutsgefährdungsquote an sich Anlass zu entgegengewirkendem politischen Handeln sein.

Ziel ist es, Vollbeschäftigung in Luxemburg zu sichern, Prekarisierung zu vermeiden bzw. zu vermindern und zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens den Zugang zu, die Gerechtigkeit und die Wirksamkeit des Sozialschutzes zu garantieren. Dieser Anspruch gilt für Männer und Frauen, für Heranwachsende, Erwachsene und Ältere in gleicher Weise. Er ist nicht mit einer Verpflichtung zu lebenslanger Erwerbsarbeit zu verwechseln oder mit einer Arbeitslosenquote von null Prozent. So muss allen Arbeitssuchenden die Möglichkeit gegeben werden, die Art von Arbeit zu finden, die sie suchen. Dies setzt eine diversifizierte Wirtschaft voraus, die für unterschiedliche Begabungen und Qualifikationen geeignete Arbeitsplätze anbietet.

⁶ Da ein diesen Schwellenwert unterschreitendes Einkommen weder als notwendige noch als hinreichende Voraussetzung für Armut gilt, wird im Titel hier der Begriff „Prekarität“ benutzt.

⁷ Quelle: STATEC, Rapport Travail et cohésion sociale 2008, veröffentlicht am 15. Oktober 2008 http://www.statistiques.public.lu/fr/publications/series/cahiersEconmiques/2008/107_cohesion_sociale/107_cohesion_sociale.pdf

⁸ Hinweis: Die Aussagefähigkeit der angegebenen Werte ist durch die sehr geringen statistischen Stichproben beeinträchtigt.

⁹ Die Irrtumsmargen sind (12.905 , 15.133) bzw. (12.438 , 14.498) Quelle: idem

Fotos: Kyra Fischbach



6. Gefährdung des Zusammenhalts der Gesellschaft (soziale Kohäsion)

Angesichts einer besonders durch Zuwanderung wachsenden Bevölkerung, und der Überalterung der einheimischen Bevölkerung, wird das Großherzogtum Luxemburg in Zukunft weiter auf Tausende nicht-einheimische Arbeitskräfte zurückgreifen müssen, um seine blühende Wirtschaft und einen in Europa außergewöhnlichen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. In den letzten Jahren hat die Zahl der Arbeitsplätze um rund 3 % jährlich zugenommen. Die neu geschaffenen Arbeitsplätze sind vor allem hoch qualifizierte Jobs. Bedingt durch den hohen Zuwachs an Arbeitsplätzen vermag der Luxemburger Arbeitsmarkt nicht mehr genügend qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen; sie werden von qualifizierten Pendlern besetzt.

Eine Aufgabe einer nachhaltigen Sozial- und Bildungspolitik ist es, diese Diskrepanzen näher zu analysieren und einerseits wo möglich durch geeignete Aus- und Fortbildungsmaßnahmen die Arbeitsplatzchancen der einheimischen Bevölkerung zu verbessern. Andererseits ist es Aufgabe einer nachhaltigen Wirtschaftsstrukturpolitik dazu beizutragen, dass durch die wirtschaftliche Diversifizierung das Spektrum verfügbarer Arbeitsplätze so breit ist, dass Einwohner unterschiedlichster Begabung einen angemessenen Arbeitsplatz finden können.

Finanzen

Gleichzeitig ergibt sich eine spezifisch luxemburgische Finanzsituation: da die ausländischen Arbeitskräfte dort ausgebildet worden sind und meist das Pensionsalter noch nicht erreicht haben, zahlen sie heute netto erhebliche Summen in die sozialen Sicherungssysteme, da sie kaum Ausbildungs- und Pensionskos-

ten verursachen. Das wird sich aber in der Zukunft ändern: zum einen werden dann Pensionen fällig und für die nach Luxemburg Zugezogenen werden Infrastrukturen und Bildungseinrichtungen für ihre Kinder benötigt. Für Grenzgänger/innen fallen dann erhebliche Folgekosten durch insbesondere ins Ausland transferierte Pensionsansprüche an, die nicht als kaufkräftige Nachfrage der Luxemburger Wirtschaft zugutekommen.

Das Ergebnis des EU-Verfassungsreferendums sowie eine Reihe von Umfragen und Studien haben in den letzten Jahren gezeigt, dass in der Luxemburger Gesellschaft Tendenzen zu einem „repli identitaire“ bestehen.

Ältere

Ab 2020 wird die Alterung der Bevölkerung die Ausgaben des Pensionssystems kräftig ansteigen lassen. Die Reserven im Pensionsfond, die heute bei über 25 % des BIP liegen, werden bis 2020 auf 40 % des BIP ansteigen, um dann aufgrund der kontinuierlich ansteigenden Ausgabenlast um 2035 dahinzuschmelzen.¹⁰ Die Langzeitarbeitslosigkeit (35 % der gemeldeten Arbeitslosen sind länger als 12 Monate als arbeitslos gemeldet) ist einerseits durch einen hohen Anteil an Personen mit begrenztem Erziehungsniveau (40 %), andererseits durch einen hohen Anteil von älteren Arbeitssuchenden (annähernd 57 %) gekennzeichnet (Quelle: *rapport d'activités* MT 2007). Ein Großteil dieser älteren Arbeitssuchenden weist eine begrenzte Arbeitsfähigkeit

auf, so dass für sie die Wiedereingliederung auf dem offenen Arbeitsmarkt im Augenblick als sehr langsam oder gar unmöglich einzustufen ist.

Jugendliche

Die soziale Kohäsion kann auch durch Schwierigkeiten im Bereich der Jugendbeschäftigung gefährdet werden. Zwischen Januar 2007 und Januar 2008 hat sich die Zahl der Jugendlichen, die beim Arbeitsamt (ADEM) eingeschrieben waren, positiv entwickelt: sie ist von 2 209 auf 1 874 Personen zurückgegangen, also um 335 Einheiten. Dennoch bestehen gewisse Herausforderungen im Bereich der Jugendbeschäftigungspolitik, da auf dem Luxemburger Arbeitsmarkt eine strukturelle Arbeitslosigkeit herrscht, welche unter anderem auf eine mangelhafte Anpassung der Qualifikationen der Arbeitnehmer an die Anforderungen der Arbeitgeber zurückzuführen ist. So belegen die Statistiken, dass 56 % der neu geschaffenen Arbeitsplätze einen Bildungsgrad BAC+ erfordern. Jedoch hat mehr als die Hälfte der beim Arbeitsamt eingeschriebenen Personen nur eine Grundschulausbildung aufzuweisen, und diejenigen Arbeitssuchenden, welche eine Hochschulausbildung begonnen haben, sind in den meisten Fällen Studienabbrecher.

Bevölkerung

Die heutige Situation stellt sich folgendermaßen dar: Bei einer Gesamtzahl von 476 000 Einwohnern ist der Anteil der ansässigen Ausländer auf über 41 % gewachsen, Tendenz steigend. In der Hauptstadt leben mittlerweile über 62 % Ausländer, während der Bürostunden sinkt der Anteil der Luxemburger, bedingt durch den hohen Anteil der Pendler, auf unter 30 %.

Die Situation des Luxemburger Arbeitsmarkts, bedingt durch den genannten hohen Anteil der Pendler und im Land ansässiger Ausländer, ist wohl in diesem Ausmaß einzigartig in Europa. Insgesamt gibt es in Luxemburg 348 000 Arbeitsplätze.¹¹ Davon werden allein 43 % durch Grenzgänger aus Frankreich, Belgien und Deutschland besetzt, sowie 26 % von den im Land ansässigen Nicht-Luxemburgern. Lediglich 31 % der Arbeitsplätze werden durch Luxemburger besetzt. Der Arbeitsmarkt übersteigt also in erheblichem Maße die in Luxemburg zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte.

Betrachtet man nur die Arbeitskräfte in der Privatwirtschaft, dann sinkt der Anteil der Luxemburger von 31 % in der Gesamtwirtschaft auf 20 % in der Privatwirtschaft, da der öffentliche Dienst mehrheitlich zu 90 % durch Luxemburger besetzt ist. Nichtsdestotrotz arbeiten etwa 66 % der Luxemburger in der Privatwirtschaft.

Die Auswirkungen dieser atypischen Situation und der spezifischen Herausforderungen, die sich davon ableiten, haben erhebliche Auswirkungen auf die Bewertung der Nachhaltigkeitsstrategie in Luxemburg.

Kohäsion

Mittlerweile wird in Politik und der spezialisierten Literatur vor der Entwicklung von Parallelgesellschaften gewarnt. Dabei fällt insbesondere die relativ homogene Gruppe der Portugiesen ins Auge, die mit 73 700 Personen die größte ausländische Bevölkerungsgruppe ausmachen. Doch es sind auch die Einheimischen, die Gefahr laufen, in Familie und geschützten Berufen den Kontakt mit dem realen Land zu verlieren. Das Ergebnis des EU-Verfassungsreferendums sowie eine Reihe von Umfragen und Studien haben in den letzten Jahren gezeigt, dass in der Luxemburger Gesellschaft Tendenzen zu einem „repli identitaire“ bestehen.

Am Beispiel des sehr hohen Anteils ausländischer Kinder an den Schulen (mit starken regionalen Unterschieden!) (neben der Situation auf dem Arbeitsmarkt, im Kulturleben oder in den Geschäften) wird sichtbar, dass Luxemburg nicht mehr auf die üblichen Integrationsabläufe setzen kann, da diese von der Existenz einer Mehrheitsgesellschaft ausgehen, in die Minderheiten idealtypisch

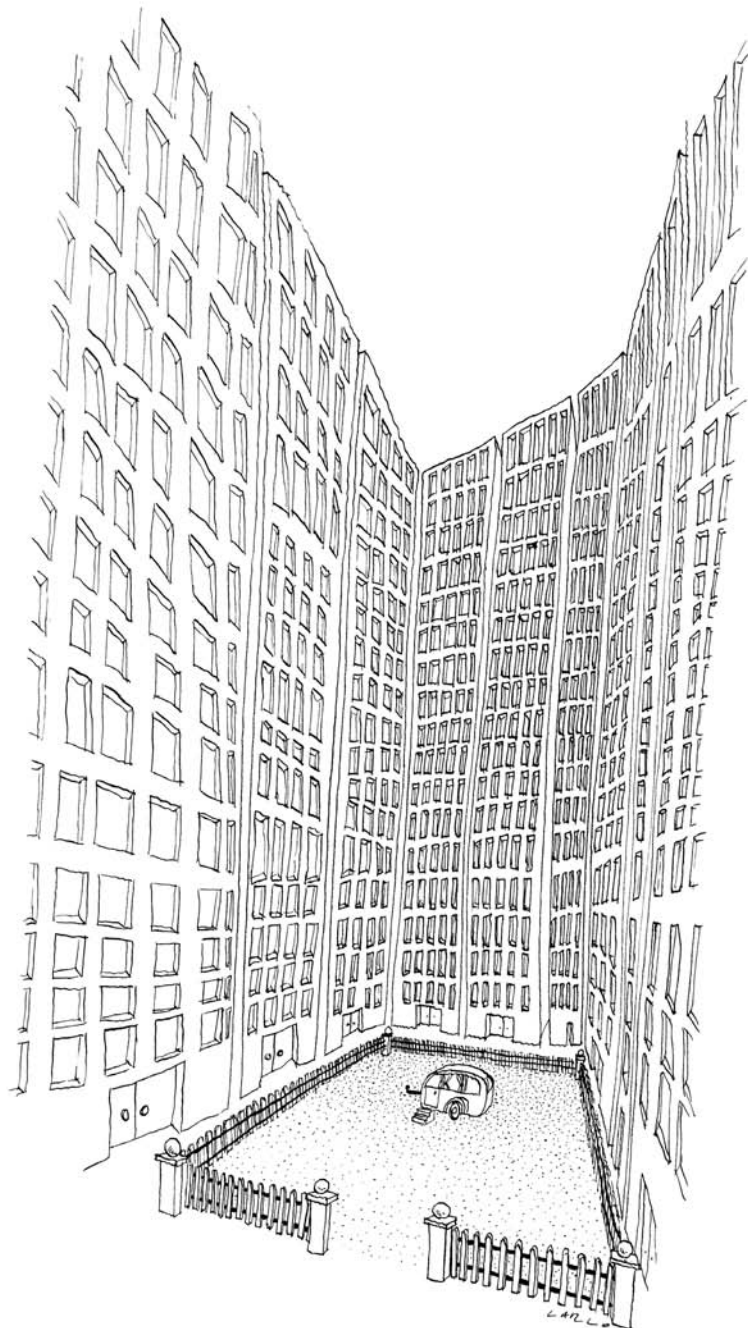
integriert werden. Dieses Szenario ist im Falle Luxemburgs nur noch schwer vorstellbar.

Für ein nachhaltiges Luxemburg wird es überlebenswichtig sein, das Zusammenleben zwischen Ausländern und Einheimischen positiv zu befördern, die Integration der nicht-luxemburgischen Mitbürger voranzutreiben, den Kindern eine gemeinsame Identität zu vermitteln und die Entwicklung

von Parallelgesellschaften zu verhindern. Grenzgänger müssen als dauerhafter Bestandteil des Luxemburger Modells anerkannt und in soziale Prozesse und Strukturen integriert werden, ohne die Anreize aufzuheben nach Luxemburg umzuziehen.

¹⁰ Bilan technique de la période de couverture 1999-2005, IGSS

¹¹ Quelle: Statec, données Emploi et chômage. Emploi total intérieur du mois de mars 2008.



7. Gefährdung der öffentlichen Gesundheit, Entwicklung von „Wohlstandskrankheiten“

In der heutigen Gesellschaft ist eine ungünstige Entwicklung bezüglich der Lebensweise, der Ernährungsgewohnheiten und der körperlichen Betätigung festzustellen.

Demzufolge sind laut Statistiken der OCDE im Jahr 2005 25,4 % (bzw. 18,5 %) der Frauen und 41,1 % (bzw. 18,8 %) der Männer übergewichtig (bzw. adipös). Eine weitere Studie zeigt, dass bei Jugendlichen die Jungen eher übergewichtig sind als die Mädchen: in der Primärschule sind 15 % der Mädchen und 20 % der Jungen zu schwer bzw. adipös. Dieser Anteil steigt im Sekundarunterricht auf 16 % bzw. 21 % (Quelle: OCDE Health Data 2008).

Eine Umfrage über regelmäßiges Rauchen hat ergeben, dass im Jahr 2007 18 % der Frauen und 24 % der Männer täglich rauchen. Somit sind etwa 21 % der erwachsenen Bevölkerung Tagesraucher (Quelle: OECD Health Data 2008).

Auch der Alkoholkonsum spielt eine entscheidende Rolle in der Gesundheitsentwicklung. Im Jahr 2003 wurden 15,53 Liter Alkohol pro Kopf getrunken (Quelle: OECD Health Data 2008). Vor allem bei den Jugendlichen ist das Trinken sehr früh zur Gewohnheit geworden: 8 % der 14-Jährigen und 46,4 % der 18-Jährigen geben an, regelmäßig Alkohol zu trinken (die so genannten Alkohol Pops) (Quelle: Gesundheit, motorische Leistungsfähigkeit und körperlich-sportliche Aktivität von Kindern und Jugendlichen in Luxemburg, Universität Karlsruhe, Gesundheitsministerium, 2006).

44,7 % der unter 30-Jährigen, 35,0 % der 30-59-Jährigen und 18,4 % der über 60-Jährigen gehen irgendeiner sportlichen Betätigung nach. 26 % der Jugendlichen betätigen sich bis zu einer Stunde täglich (35 % der Jungen und 18 % der Mäd-

chen) (Quelle: Gesundheit, motorische Leistungsfähigkeit und körperlich-sportliche Aktivität von Kindern und Jugendlichen in Luxemburg, Universität Karlsruhe, Gesundheitsministerium, 2006).

Durch eine ungesunde Lebensweise treten immer öfters die so genannten Zivilisationskrankheiten (Herz- und Gefäßkrankheiten) auf. Im Jahr 2005 lag die diesbezügliche Sterberate bei 301,19 pro 100 000 Einwohner, und somit waren Zivilisationskrankheiten die häufigste Todesursache in Luxemburg. Besonders Herzinfarkte und zerebrovaskuläre Krankheiten breiten sich aus. So gab es 2005 220 Todesfälle durch akuten Myokardinfarkt und 205 Todesfälle bedingt durch zerebrovaskuläre Blutungen oder Infarkte, Tendenz steigend (Quelle: Statistiken über die Todesursachen in Luxemburg für das Jahr 2005, Gesundheitsministerium). Auch Diabetes Typ 2 ist die Folge von schlechter Ernährung und ungenügender Bewegung. Es ist schwierig, die

Verbreitung der Krankheit zu stoppen. So wurden im Jahr 2005 18 307 Menschen, also ungefähr 4,1 % der Bevölkerung Luxemburgs, wegen Diabetes behandelt. Im Vergleich mit 2004 bedeutet dies eine Steigerung von 5,3 %. Besonders betroffen sind die 65-74-Jährigen (13,8 %) (Quelle: Le diabète au Luxembourg, Etat de la situation à partir de données médico-administratives, CRP-Santé, UCM und Ministère de la Santé, 2008).

Das Lebensqualitätsziel für Luxemburg ist die Förderung der physischen und psychischen Gesundheit und ein besserer Schutz vor Gesundheitsgefährdungen. Die Verbindung zwischen der Lebensweise und der Gesundheit muss kaum mehr bewiesen werden und ein Gegensteuern dieses Trends kann vor allem in den Bereichen der Ernährung und der körperlichen Betätigung erfolgen.

Die geschlechtsspezifischen und sozioökonomischen Aspekte bei Ernährung und körperlicher Betätigung müssen dabei beachtet werden.



8. Alterung der Gesellschaft mit Folgen für Sozialstruktur, Arbeitsmarkt und die Sozialschutzsysteme

Eine Schwäche des luxemburgischen Arbeitsmarktes ist die relativ niedrige Beschäftigungsrate von älteren Arbeitnehmern. Die Beschäftigungspolitik hat demnach als Ziel, die Vollbeschäftigung und dies unter anderem in Bezug auf eine erweiterte Beschäftigungsrate der älteren Personen zu gewährleisten.

Nach den letzten verfügbaren Daten¹² liegt die durchschnittliche Erwerbsquote der Menschen von 15 bis 64 Jahre bei 63,6 %, das heißt auf demselben Niveau wie im Jahre 2005. Diese Stagnierung kann sowohl bei den nationalen Arbeitnehmern (60,9 % im Jahre 2005 und 2006) als auch bei denen im Ausland wohnhaften Arbeitnehmern (67,2 % über die zwei letzten Jahre) beobachtet werden. Die Beschäftigungsquote der Arbeitnehmer zwischen 55-64 Jahren stieg im Jahre 2006 auf 33,2 % der Gesamtbevölkerung in dieser Altersklasse, wovon 28,2 % Staatsangehörige sind und 42,9 % Ausländer (Männer 38,7 % und Frauen 27,8 %).

Was das Pensionssystem des privaten Sektors (*régime général de pension*) angeht, liegt das Pensionseintrittsalter in Frührente bei 60,6 Jahren für Frauen und bei 62,8 Jahren für Männer. Diese Werte sind bei Invaliditätsrenten beträchtlich niedriger: 49,9 Jahre bei Frauen und 51,3 Jahre bei Männern.¹³

Die älteren Menschen spielen heutzutage eine wichtige wirtschaftliche Rolle als Arbeitnehmer, Konsument und Steuerzahler (inkl. für tragfähige Sozialschutz- und Rentensysteme). Die Erwerbsquote der älteren Arbeitnehmer sollte auch erhöht werden, weil diese ihren Erfahrungsschatz in den Arbeitsmarkt mit einbringen und es nützlich ist, in altersgemischten Teams zu arbeiten, in denen sowohl die spe-

zifischen Qualitäten der Jüngeren wie jene der Älteren zur Geltung kommen. Die Übertragung von Wissen zwischen den Generationen ist für Produktivität und Wachstum von größter Bedeutung, um ein Umfeld zu fördern, in dem die Fertigkeiten und das Wissen der älteren Arbeitnehmer geschätzt werden – aus wirtschaftlichen, aber auch aus sozialen Gründen.

Luxemburg steht mit seiner alternden Bevölkerung und einer relativ niedrigen Zahl von älteren Arbeitskräften vor einer großen Herausforderung, da dies die langfristige Finanzierung angemessener Renten für die wachsende Zahl der Rentenbezieher gefährdet. Ein kontinuierliches Ansteigen des Eintrittsalters in das Berufsleben seit den 1980er Jahren,

gekoppelt mit einer stetigen Abnahme des Renteneintrittsalters führt langfristig zu einer Verringerung der Lebensarbeitszeit. Die Steigerung der Zahl älterer Arbeitnehmer könnte sich daher positiv auf alle Politiken und auf alle Generationen auswirken und als grundlegende Voraussetzung angesehen werden für das Streben nach mehr und besseren Arbeitsplätzen sowie größerem sozialem Zusammenhalt (Renten-, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit).

Lebensqualitätsziel: Beschäftigung der älteren Arbeitnehmer, Zugang zu, Gerechtigkeit und Wirksamkeit des Sozialschutzes.

¹² Studie über die Arbeitskräfte von 2006 - STATEC

¹³ Rapport général sur la sécurité sociale, IGSS; 2006

© mueritz - flickr.com



9. Gefahr von Wirtschaftskrisen durch hohe Volatilität internationaler (Finanz-)Märkte

International

Die Krise der Weltfinanzwirtschaft 2008/09 hat gezeigt, wie sehr diese Branche, die *in summa* rund die Hälfte des BIP des Landes erwirtschaftet, von internationalen Trends und Krisen abhängig ist.

Weltweit haben Regierungen rasche und außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen, um die nationalen Finanz- und Banksysteme zu stützen. Neben diesen staatlichen Bemühungen müssen aber auch internationale Reformen folgen, vor allem zur besseren Regulierung der Finanzmärkte, um sicherzustellen,

dass eine solche globale Krise sich nicht wiederholt.

Das finanzpolitische Qualitätsziel in den internationalen Verhandlungen ist es, dazu beizutragen, dass die Transparenz auf den Kapitalmärkten erhöht wird und kein Finanzprodukt sich mehr der Regulierung entziehen kann.

In Luxemburg

Inzwischen hat sich die Finanzkrise auch auf die Realwirtschaft ausgedehnt. Dies ist eine logische Konsequenz, da die Finanzinstitute das Öl im Getriebe der wirtschaftlichen Entwicklung sind.

Um diesem Ausdehnen der Krise entgegenzuwirken, hat die Luxemburger Regierung eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen, die sich hauptsächlich auf zwei Schwerpunkte konzentrieren: das Erhalten der Kaufkraft bei den Konsumenten und Arbeitsbeschaffung für ansässige klein- und mittelständische Betriebe.

Mittel- und langfristig bleibt es zudem eine vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik, den Staatshaushalt gegen die hohe Volatilität der staatlichen Einnahmen abzusichern, die sich aus der starken Abhängigkeit von nur einer Branche ergibt, und die durch konjunkturelle und spekulative Schwankungen ausgelöst werden kann. Dazu ist es notwendig, die übermäßig starke Abhängigkeit von finanzwirtschaftlichen Entwicklungen durch eine Strategie der gezielten, auf vorhandenen Stärken aufbauenden Diversifizierung der Wirtschaft zu reduzieren. Dazu zählen einerseits die interne Differenzierung der Finanzbranche am Standort Luxemburg sowie andererseits die Diversifikation der Wirtschaft durch die selektive Stärkung weiterer Branchen, wobei die sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien gleichwertig berücksichtigt werden sollen.

Bei einer solchen Wirtschaftsstrukturpolitik kommt Luxemburg zugute, dass es eine hohe Innovationsrate aufweist (Summary Innovation Index zwischen USA und UK), jedoch eine weit höhere wirtschaftliche Dynamik hat als alle anderen Länder dieser Kategorie – und das bei weit unterdurchschnittlichen Innovationsausgaben (1,29 % des Umsatzes, EU-Durchschnitt 2,15 %). Ursache ist die Fähigkeit zu nicht-technischen Innovationen gerade der kleinen und mitt-

Hintergrund I: Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise

Wir befinden uns gegenwärtig in der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Ihr Ursprung liegt in der sogenannten „Subprime“-Krise, die Mitte 2006 in Amerika ausgebrochen ist. Niedrige Zinssätze verleiteten die Banken in den USA immer mehr Kredite, speziell für Immobilienkäufe, zur Verfügung zu stellen, ohne die Rückzahlungskapazität der Kunden eingehend zu prüfen. Als in Folge steigender Zinsen und fallender Immobilienpreise viele Kunden nicht mehr zurückzahlen konnten, brach das System zusammen.

Darüber hinaus hatten Spezialisten der Finanzbranche diese amerikanischen Immobilienkredite in komplexe Finanzinstrumente gebündelt („titrisation“), die mit sehr hohen Renditen lockten, die Investoren aus aller Welt jedoch im Unklaren über die inhärenten Risiken ließen. Letztere sahen nur das schnelle Geld und stellten die Produkte nicht weiter in Frage. Hinzu kommt, dass Überwachungsinstanzen in einigen entwickelten Ländern die Risiken nicht richtig eingeschätzt haben, die in den Finanzmärkten entstanden sind. Sie haben auch nicht Schritt gehalten mit den Innovationen auf den Finanzmärkten und keine ausreichenden nationalen Kontrollsysteme geschaffen. Diese Risiken und die Konkurse einiger hochrangiger Kreditinstitute in Amerika haben zu einer wachsenden Unruhe und zu einem Klima des Misstrauens auch in Europas Finanzmarktsystem geführt. Der Interbankenmarkt („marché interbancaire“ – der Geldverleih zwischen Banken) kam zum Erliegen und einzelne Banken konnten sich nicht mehr für ihr Alltagsgeschäft refinanzieren. Die Finanzkrise hat eine derartige Wucht erlangt, weil sie global ist und zeigt, wie verflochten die Weltwirtschaft inzwischen ist.

leren Unternehmen in Luxemburg (mit 74 % Innovatoren mit weitem Abstand europäischer Spitzenreiter, EU-Durchschnitt 49 %), eine Fähigkeit, die gerade für eine nachhaltige Wirtschaft von besonderer Bedeutung sein wird.

Das ökonomische Qualitätsziel für Luxemburg besteht darin, die Wirtschaft krisensicherer zu machen und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dazu verfolgt die Luxemburger Wirtschaftspolitik als eines ihrer Hauptziele die Absicht, ein optimales Gleichgewicht zwischen einer hinreichenden Größe der einzelnen Branchen und einer ausreichenden wirtschaftlichen Diversifikation zu erreichen.

Branchengröße und wirtschaftliche Spezialisierung führen zu Skalen- und Lerneffekten und damit zu erhöhter Wettbewerbsfähigkeit, während die Diversifizierung, der Abbau der Abhängigkeit von einer spezifischen Branche, die volkswirtschaftlichen Auswirkungen sektorieller Krisen abmildern soll und eine Absicherung der staatlichen Einnahmen gegenüber der hohen Volatilität darstellt, die sich aus der Spezialisierung ergibt.

Die Wirtschaftsförderung setzt deshalb auf eine multi-sektorielle Spezialisierung, was einen Selektionsprozess, das Setzen von Schwerpunkten und eine klare Arbeitsteilung innerhalb des so definierten Rahmens voraussetzt.

Dieser bedarf einer Integration z. B. von Wirtschafts- und Forschungspolitik mit der Regionalplanung, und der kontinuierlichen und sorgfältigen Abstimmung zwischen den Ressorts (Finanzen, Wirtschaft, Mittelstand und Tourismus, Kommunikation, Landwirtschaft) und mit den wirtschaftlichen Akteuren, Firmen, Kammern und Gewerkschaften.

*Eine krisensichere Wirtschaft benötigt außerdem **Versorgungssicherheit** mit den notwendigen Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Ressourcen einschließlich Energieträger, Investitionsmittel) und die dazu erforderlichen Infrastrukturen.*

¹⁴ Le Luxembourg en chiffres 2008, STATEC, septembre 2008

¹⁵ „An analysis of the sectoral diversification of a small open economy: the case of Luxembourg“, Luisito Bertinelli, Eric Strobl in Bilan compétitivité 2007“, Observatoire de la Compétitivité, Ministère de l'Economie et du Commerce extérieur (<http://www.odc.public.lu/>)

¹⁶ Ministère de l'Economie et du Commerce extérieur, „Bilan compétitivité 2008 – Plus de compétitivité pour plus de pouvoir d'achat“, in Perspectives de politique économique n° 11, Luxemburg, Oktober 2008, S. 107

Hintergrund II: Wirtschaftsdiversifikation Luxemburgs

Nach der Überspezialisierung in der Metallverarbeitung ist Luxemburg jetzt mit einer übermäßigen Spezialisierung im Finanzsektor konfrontiert. Auch angesichts der Tatsache, dass ein Wirtschaftszweig von europaweit konkurrenzfähiger Größe in Luxemburg zwingend exportorientiert ist, und dieser durch den (viel) größeren Zielmarkt (im Vergleich zum Binnenmarkt) einen gewichtigen Teil des BIP darstellen wird, scheint die gegenwärtige Dominanz des Finanzsektors exzessiv zu sein. Im Laufe der zwei letzten Jahrzehnte ist dieser zum vorherrschenden Wirtschaftszweig Luxemburgs geworden. Ein Rückgang des Diversifikationsgrades der gesamten Ökonomie während der letzten Jahrzehnte ist feststellbar. Im Jahre 2007 betrug der Anteil der Finanzdienstleistungen ungefähr ein Drittel des gesamten erwirtschafteten Mehrwerts.¹⁴ Dieser Diversifikationsgrad wird mit Hilfe des „Entropie-Koeffizienten“ gemessen. Eine wissenschaftliche Studie¹⁵ kommt zum Ergebnis, dass dieser in Luxemburg eine negative Entwicklung aufzeigt. Der Rückgang der Diversifikation erklärt sich größtenteils durch den Aufwärtstrend im Finanzsektor, auch wenn der Diversifikationsgrad innerhalb des Produktionssektors steigend ist und ohne dass die Gesamtaktivität der anderen Sektoren rückläufig wäre.

Der „Entropie-Koeffizient“¹⁶ ist auch Bestandteil des „Wettbewerbsfähigkeits-Dashboard“, das jährlich vom „Observatoire de la Compétitivité“ aktualisiert wird. Für das Jahr 2007 wies dieser Indikator für Luxemburg einen Wert von 1,36 auf. Im europäischen Vergleich scheint Luxemburg die am geringsten diversifizierte Wirtschaftsstruktur unter den 27 Mitgliedstaaten zu haben. Im Schnitt errechnet sich ein Wert von 1,59 für die EU27, und unsere Nachbarländer zeigen allesamt einen höheren Wert als Luxemburg auf (DE 1,52; FR 1,56; BE 1,55).

© Jean Fischbach



10. Risiko des Verlustes staatlicher Handlungsfähigkeit durch mangelnde finanzielle Ressourcen

Bei Entscheidungen über die angemessene und effektive Wahrnehmung grundlegender sozialstaatlicher Aufgaben (bedürfnisgerechter Sozialschutz, Sicherung von Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, Entwicklungshilfe, ...) und um im Rahmen der

staatlichen Zukunftsvorsorge handlungsfähig zu sein, z. B. durch zukunftsversorgende Investitionen, insbesondere Infrastruktur im Sozial- und Umweltbereich (z. B. Kindergärten, Schulen, Forschung, Wasser- und Transportinfrastrukturen) spielen die öffentlichen Fi-

nanzen betreffende Erwägungen eine maßgebliche Rolle.

Nachdem in den Jahren 2004 und 2005 Haushaltsdefizite registriert wurden, sind die öffentlichen Finanzen in den Jahren 2006 und 2007 ausgeglichen ausgefallen und bis zur Krise der Finanzwirtschaft wurde für das Jahr 2008 eine positive Haushaltsbilanz prognostiziert. Die Staatsverschuldung ist eine der niedrigsten im europäischen Raum und Luxemburg verfügt über genügend haushaltsmäßigen Freiraum, um einer unerwarteten Verschlechterung der Finanzlage entgegenzuwirken. Dies war eine wichtige Voraussetzung für die Rettungsaktionen zugunsten gefährdeter Banken 2008.

In der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die ihre Spuren auch in Luxemburg hinterlässt, wird die luxemburgische Regierung auf diesen Spielraum zurückgreifen, um einerseits die Kaufkraft der Bürger zu stärken und andererseits durch vorgezogene Investitionen – insbesondere auch in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz – die mittelständische Wirtschaft mit Aufträgen zu versorgen und somit Arbeitsplätze zu sichern. Zusätzlich kann Luxemburg es sich, dank der bedachten Haushalts- und Finanzpolitik der letzten Jahre, leisten, weiterhin seine Sozialleistungen auf einem hohen Niveau zu halten und seine umweltpolitischen Ziele weiterhin zu verfolgen, obwohl die Wachstumsprognosen für die nächsten Jahre nur zwischen -0,5 % und 0,5 % liegen, also die Gefahr einer Rezession besteht. Da diese Maßnahmen insgesamt unentbehrlich sind, um die weltweite Krise so unbeschadet wie irgend möglich zu überstehen, nimmt die Regierung das Risiko in Kauf, dass

Hintergrund III: Die Krise trifft auch Luxemburg

In Luxemburg waren von der Finanzkrise besonders zwei nationale Großbanken betroffen. Die luxemburger Regierung hat schnell reagiert und diesen Banken mit Finanzhilfen von 2,5 Milliarden respektiv 376 Millionen Euro unter die Arme gegriffen. Ebenfalls betroffen sind die hier ansässigen Filialen von isländischen Banken, die durch die prekäre Lage des Staates Island ihre Türen schließen mussten.

Für Luxemburg ist die Finanzkrise ein sehr harter Schlag, denn der Finanzplatz ist einer der Hauptwirtschaftsträger der luxemburgischen Ökonomie. Einer Studie des „Comité pour le développement de la place financière“¹⁷ zufolge bringt der Finanzplatz im Vergleich zur Wirtschaft insgesamt:

2006 an	Direkt	%	Indirekt	%	Total	%
Einkommen	18 744 mio Euro	21	4 126 mio Euro	5	22 870 mio Euro	25
Mehr Wert	13 278 mio Euro	39	2 109 mio Euro	6	15 387 mio Euro	45
Arbeitsplätze	40 533	13	25 889	8	66 422	21
Steuern	2 465 mio Euro	28	440 mio Euro	5	2 905 mio Euro	33
2007 an	Direkt	%	Indirekt	%	Total	%
Einkommen	20 901 mio Euro	20	4 711 mio Euro	5	25 612 mio Euro	25
Mehr Wert	13 964 mio Euro	39	2 264 mio Euro	6	16 227 mio Euro	45
Arbeitsplätze	44 128	13	27 351 mio Euro	8	71 479	21
Steuern	2 742 mio Euro	29	494 mio Euro	5	3 237 mio Euro	33

Diese beeindruckenden Zahlen unterstreichen, dass der Finanzsektor ein Brennpunkt der luxemburger Wirtschaft darstellt. Es bedarf nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie es der luxemburgischen „Realwirtschaft“ und dem Staatshaushalt geht, wenn dieser Sektor ins Straucheln gerät.

es 2009 zu einem Haushaltsdefizit kommen könnte. (Stand: 9.3.2009, A.d.R.)

Bisher verhalten die geringe Staatsverschuldung sowie substantielle Finanzreserven im Bereich des Sozialwesens Luxemburg zu vorteilhaften Ausgangsbedingungen, um die ökonomischen und haushaltsmäßigen Herausforderungen der Zukunft anzugehen. Dennoch ist eine Zusatzbelastung für die langfristige finanzielle Absicherung durch das Ansteigen der öffentlichen Ausgaben im Bereich des Sozialwesens unabstreitbar und aktuelle Berechnungen zeigen auf, dass in Bezug auf eine alternde Bevölkerung die sozialbedingten Aufwendungen von 19,5 % des BIP in der Zeitspanne 2004-2010 auf mehr als 27 % im Zeitraum 2040-2050 anwachsen werden.¹⁸

Um die Reaktionsfähigkeit der Finanzpolitik in Anbetracht der deutlich gewordenen erheblichen Volatilität der öffentlichen Einnahmen sicherzustellen, ist es zwingend notwendig, langfristig wieder einen ausgeglichenen Haushalt über ein angemessenes Verhältnis von Staatsausgaben zu Staatseinnahmen sicherzustellen. Dies wird dazu dienen, auch nach Überwindung der gegenwärtigen Krise eine höhere Steuerbelastung sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bürger zu vermeiden und einen wesentlichen Faktor für die Attraktivität des Standorts Luxemburg sicherzustellen.

Das Qualitätsziel besteht darin, die Zukunftsfähigkeit der Finanzen zu sichern. Kern der strategischen mittel- und langfristigen Zielsetzungen ist eine langfristig positive Haushaltslage. Diese soll erreicht werden unter Berücksichtigung der Festigung des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft und der Wahrung der ökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen zugunsten langfristigen Wirtschaftswachstums und Wohlstandes.

¹⁷ Etude d'impact de l'industrie financière sur l'économie luxembourgeoise - Version chiffres de 2007

¹⁸ 9^e actualisation du programme de stabilité et de croissance du Grand-Duché de Luxembourg, octobre 2007



© Jean Fischbach

Downloaden und kommentieren

Anfang Dezember 2009 startete das Ministerium für Nachhaltigkeit und Infrastrukturen eine öffentliche Konsultation zum Vorprojekt des nationalen Nachhaltigkeitsplans (PNDD), die vom Gesetz über die Koordinierung der nationalen Nachhaltigkeitspolitik von 2004 vorgesehen ist.

Die Bevölkerung wird dazu eingeladen, den PNDD-Entwurf als Pdf auf der Internetseite des Ministeriums www.mddi.lu herunterzuladen und zur Kenntnis zu nehmen sowie ggfs. dort zu kommentieren. Wobei allerdings der Link, der zur Kommentarfunktion führen soll, zur Zeit nicht funktioniert ... (Stand: 16.1.2010)

Die Aufforderung zur Kommentarabgabe hat auch den Grünen-Abgeordneten Camille Gira dazu veranlasst, am 23. Dezember 2009 eine Dringlichkeitsanfrage an die Minister Claude Wiseler und Marco Schank zur Dauer der Aktion zu stellen, da es keine Angaben zur Ablauffrist geben würde. Aus der Antwort von Marco Schank vom 4. Januar 2010 geht hervor, dass das oben genannte Gesetz von 2004 keine Deadlines vorsieht und daher auch keine Frist auf der Internetseite angegeben ist.

Weiter kann man der Antwort entnehmen, dass die Commission interdépartementale du développement durable nach Einreichen der Kommentare der Abgeordnetenversammlung und des Conseil supérieur pour un développement durable noch über zwei Monate verfüge, um den endgültigen Entwurf für den PNDD aufzustellen. Bis dahin könnten interessierte Bürgerinnen und Bürger ihre Kommentare, die unter Umständen auch bei der Redaktion der Endversion in Betracht gezogen werden könnten, abgeben.

Dafür müsste natürlich zumindest die Kommentarfunktion wieder einsatzbereit sein ...

Informationen unter www.mddi.lu

11. Starke Einkommensunterschiede zwischen Norden und Süden, ungleicher Fortschritt in Sachen Armutsbekämpfung trotz Teilerfolgen

In der globalisierten Welt von heute macht es keinen Sinn, nachhaltige Entwicklung allein in Luxemburg zu fördern. Die Globalisierung, die gemeinhin als Chance angesehen wird, um die nachhaltige Entwicklung zu fördern, verteilt ihre Früchte ungleichmäßig, und weite Teile der heutigen Welt stehen als Verlierer dieses Prozesses da; dies sowohl vom wirtschaftlichen, vom sozialen als auch vom umweltpolitischen Standpunkt aus.

Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, hat die internationale Staatengemeinschaft sich auf dem UN-Millenniumsgipfel im Jahre 2000 dazu verpflichtet, die Armut weltweit bis 2015 um die Hälfte zu vermindern und in diesem Zeitraum die UN-Millenniumsziele zu erreichen. Der „Halbzeitbericht“ im Jahr 2007 fällt gemischt aus. Wenn auch in verschiedenen Ländern und in verschiedenen Bereichen Fortschritte hin zu den UN-Millenniumszielen festgestellt werden konnten, so wird es vor allem für den afrikanischen Kontinent immer schwieriger, die festgesteckten Ziele im vorgesehenen Zeitraum zu erreichen.

Es besteht also verstärkter Handlungsbedarf, sich der Herausforderungen anzunehmen, die sich im Bereich der UN-Millenniumsziele in den sieben verbleibenden Jahren stellen und somit die weltweite Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit und der globalen Sicherheit zu fördern. In der Tat wird oft vergessen, dass Entwicklung und globale Sicherheit Hand in Hand gehen und dass die Ausrottung der absoluten Armut und die Schaffung von Perspektiven für die Bevölkerungen der Entwicklungsländer die besten Mittel zur

Wahrung der internationalen Stabilität, sowie zur Eindämmung der illegalen Migration sind.



© Kyra Fischbach

Deshalb hat die luxemburgische Regierung sich bei der Rio-Konferenz in 1992, als Ausdruck ihrer internationalen Solidarität, dazu verpflichtet, ihre Entwicklungshilfemittel auf 0,7 % des Brutto-sozialprodukts anzuheben. Dieses Ziel wurde im Jahre 2000 erreicht. Es steht im Einklang mit der Erkenntnis, dass die globalen Bedrohungen für die nachhaltige Entwicklung oft miteinander verbunden sind und dass es nicht möglich sein wird, nachhaltige Entwicklung zu erreichen, wenn verschiedene Teile

der Welt in absoluter Armut, Krieg und Gewalt sowie mit der Bedrohung ihres natürlichen Umfeldes leben müssen. Um diesen an sich schon lebensunwürdigen Zuständen entgegenzuwirken, aber auch um gegen die davon ausgehende Bedrohung der nachhaltigen Entwicklung entgegenzuwirken, hat die luxemburgische Regierung entschieden, signifikante finanzielle Verpflichtung einzugehen.

Dabei geht es nicht nur darum, die verfügbaren Mittel aufzustocken, sondern auch um die gezielt-nachhaltige Gestaltung der Entwicklung im Sinne der MDGs. Dazu ist sicherzustellen, dass die Mittel diejenigen erreichen, denen sie zugedacht waren, und nicht unterwegs „versickern“ oder für andere Zwecke missbraucht werden (Waffenkäufe wie auch Waffenverkäufe aller Art sind zu ächten).

Das Qualitätsziel im Bereich internationale Zusammenarbeit besteht darin, wirksame Beiträge zur Beseitigung der Armut weltweit und zur Förderung einer global nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Dazu haben die verschiedenen aufeinander folgenden Regierungen das 0,7 %-Ziel nicht nur weiter unterstützt, sondern darüber hinaus beschlossen, die Entwicklungshilfemittel in den kommenden Jahren bis zu 1 % des BIP aufzustocken und die Effizienz, die Qualität sowie die Kohärenz der eingesetzten Mittel im europäischen und weiterem internationalen Umfeld zu fördern.

12. Herausforderungen des Bildungssystems bei der Qualifizierung und in der Nachhaltigkeitserziehung

Bildung ist ein Schlüsselfaktor einer jeden Nachhaltigkeitspolitik: das Bildungssystem muss sich der doppelten Herausforderung stellen, sowohl ein möglichst hohes Bildungs- und Qualifikationsniveau zu gewährleisten als auch Inhalte, Kompetenzen und Werte zu vermitteln, die Kultur-, Identitäts- und Geschichtsbewusstsein vermitteln und vorwärts schauend jeden Einzelnen befähigen, Nachhaltigkeitsfragen erfolgreich anzugehen.

12.1 Risiko der Entwicklung von Gruppen, die aufgrund mangelnder Bildung weder aktive Staatsbürger noch erfolgreiche Arbeitnehmer oder Selbstständige werden, und damit für die soziale Kohäsion

Die Schulabbrecherquote, die noch 2003-2004 bei über 17 % lag, konnte in den letzten Jahren durch gezielte Maßnahmen auf 9,6 % (2006-2007) gesenkt werden. In Anbetracht der steigenden Arbeitslosenzahlen in Luxemburg sowie der Tatsache, dass der Luxemburger Arbeitsmarkt unqualifizierte Arbeitskräfte nicht mehr einzugliedern vermag, bleibt die Stabilisierung bzw. weitere Senkung dieser Quote eine Priorität der nationalen Bildungspolitik. Zudem gilt es, eine höhere Anzahl von Schülern zu einem Schulabschluss der höheren Sekundarstufe (Sekundarstufe II) zu bringen. Gegenwärtig liegt diese Abschlussquote unter den 20- bis 24-Jährigen bei 71,1 % und damit unter dem europäischen Durchschnitt. Nach nationalen Berechnungen liegt die Abschlussquote im öffentlichen Unterrichtswesen seit 2004-2005 zwischen 80,9 % und 83,2 %. Betrachtet man die Berechnungen der Eurostat, die auf die „Labour Force Sur-

vey“ gründen, so lag die Quote der 20- bis 24-Jährigen im Jahr 2007 bei rund 71 %. Der Unterschied zwischen diesen beiden Ergebnissen erklärt sich dadurch, dass die Labour Force Survey die Gesamtbevölkerung der betreffenden Alterskategorie berücksichtigt, d. h. im Falle Luxemburgs also einen nicht unerheblichen Anteil an Einwohnern, die nicht die Luxemburger Schule besucht haben. Zudem weist die Abschlussquote Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf.

Der Anteil der Erwachsenen, die an einer Fortbildungsmaßnahme teilnehmen, liegt mit 10 % zurzeit unter dem Zielwert der Lissabon-Strategie (12,5 %).

Die schulischen Resultate sind zu sehr durch die soziale Herkunft und die

Muttersprache geprägt. Die Unfähigkeit der Schule, diese Ungleichheiten zu kompensieren, ist umso gravierender als die Schülerbevölkerung sich aus einem hohen Anteil von Kindern aus bildungsschwachen Familien und mehr als 40 % von Schülern nicht-luxemburger Herkunft zusammensetzt. Die vielfache Sprachkompetenz ist kulturell wie wirtschaftlich ein Vorteil und muss erhalten bleiben. Gelebte Sprachkompetenz könnte durch gegenseitiges besseres Kennenlernen, z. B. durch Schulaustausch in der Großregion, nachhaltig gefördert werden.

Gleichzeitig gilt es, zu verhindern, dass im dreisprachigen Schulsystem Luxemburgs eine Sprache zum Hindernis für das Erlangen einer Berufsqualifikation wird.

© Pink Sherbet Photography - flickr.com



Hien geet an d'Schoul, well...



Die aktuelle Anzahl derer, die nach dem Schulabschluss weiterstudieren, reicht nicht aus, um die Nachfrage des Arbeitsmarktes zu decken. Im Interesse des nationalen Arbeitsmarktes, der Wettbewerbsfähigkeit und der Beteiligung an unserer demokratischen Gesellschaft gilt es nicht nur, die Anzahl der frühzeitigen Schulabgänger zu verringern, sondern auch allgemein das Bildungsniveau aller anzuheben. Dies ist die nachhaltigste Antwort auf die Herausforderungen, vor denen jeder Einzelne in Luxemburg wie auch das Land als solches steht.

Der Umgang mit der Heterogenität der Schüler bleibt die größte Herausforderung der Luxemburger Schule. Die Verbesserung des Schulerfolgs und die Anhebung des Bildungsniveaus hängen maßgebend von den Möglichkeiten der Schule ab, die bestehenden Ungleichheiten zu kompensieren. Die Ziele der Chancengerechtigkeit und der Anhebung des Bildungsniveaus auf sämtlichen Schulebenen miteinander zu vereinbaren heißt, jeden einzelnen Schüler entsprechend seiner Fähigkeiten auf ein höchstmögliches Qualifikationsniveau zu bringen. Bildung hat deshalb eine zentrale Funktion in Bezug auf die Lebensqualität: sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe, Persönlichkeitsentwicklung und Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit.

Das Qualitätsziel in diesem Bereich besteht darin, das Bildungs- und Qualifikationsniveau flächendeckend anzuheben: auf Ebene des Abiturs, des technischen Abiturs, der Technikausbildung, der Berufsaus-

bildung und der Erwachsenenbildung. Ziel der Schule ist es einerseits, durch Unterstützung der leistungsschwachen Schüler den schulischen Misserfolg zu verringern

Der Umgang mit der Heterogenität der Schüler bleibt die größte Herausforderung der Luxemburger Schule.

und einen höheren Anteil von Schülern zu einem Schulabschluss zu bringen. Gleichzeitig muss die Schule leistungsstarke Schüler verstärkt fördern und so einen größeren Anteil von Schüler darauf vorbereiten, ein Hochschulstudium zu absolvieren.

12.2 Bildung für nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung ist ein gesamtgesellschaftlicher Wandlungsprozess. Angesichts der grundlegenden Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung bedarf es einerseits Kompetenzen und Fachwissen über komplexe Zusammenhänge, andererseits einer Veränderung von Einstellungen, Denkstilen und Verhaltensweisen. Vernetztes und fächerübergreifendes Lernen, Denken und Handeln sind unabdingbar, um die junge Generation zu befähigen, Nachhaltigkeitsfragen anzugehen und auf ein lebenslanges Lernen vorzubereiten. Somit kommt bei der Förderung einer dauerhaft tragfähigen Entwicklung der Bildung eine zentrale Rolle zu.

Um die Wichtigkeit der Bildung in der Nachhaltigkeitspolitik zu unterstreichen, haben die Vereinten Nationen 2002 die Jahre 2005-2014 zur Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen. Die globale Vision der Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist es, allen Menschen Bildungschancen zu eröffnen, die es ermöglichen, sich Wissen und Werte anzueignen sowie Verhaltensweisen und Lebensstile zu erlernen, die für eine lebenswerte Zukunft und eine positive gesellschaftliche Veränderung erforderlich sind. Alle Mitgliedsländer sind aufgerufen, den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung in den jeweiligen Bildungssystemen zu verankern.

Diese Verpflichtung gilt auch für Luxemburg. Ziel ist die Erarbeitung eines integrativen Bildungskonzeptes, einer nationalen Strategie für Bildung für nachhaltige Entwicklung, die an bestehende Projekte, Curricula und Initiativen im Luxemburger Schulwesen anknüpfen und diese unter Beteiligung der interessierten Akteure bewusst weiter entwickeln soll.

Durch einen interdisziplinären und ganzheitlichen Ansatz sollen im Rahmen der Nachhaltigkeitsbildung 3 wesentliche Ziele erreicht werden:

- *die Stärkung des Verständnisses der Zusammenhänge zwischen den einzelnen Dimensionen (Ökologie, Soziales, Wirtschaft) der nachhaltigen Entwicklung. Kernthemen sind etwa Umweltbildung, Friedenspädagogik, Konsumerziehung, Gesundheits-erziehung, Entwicklungszusammenarbeit, Multikulturalität usw.*
- *der Aufbau handlungsbezogener Kompetenzen, d. h. die Befähigung jedes Einzelnen, die globalen Auswirkungen des eigenen Handelns zu erkennen und die Verantwortung für eine nachhaltige Zukunft zu übernehmen. Dazu gehören z. B. vorausschauendes Denken und Handeln, interdisziplinäres Arbeiten, Partizipation an Entscheidungsprozessen usw.*
- *die Vermittlung von Werten und Förderung von Einstellungen, und Verhaltensstrukturen (Dialogbereitschaft, Solidarität, Respekt usw.), die für die aktive Gestaltung einer ökologisch verträglichen, sozial gerechten und wirtschaftlich leistungsfähigen Gesellschaft unabdingbar sind.*

13. Ungleiche Lebenschancen und Lebensqualität für Frauen und Männer

Nachhaltige Entwicklung bedingt (auch) gezielte Gesellschaftspolitik im Sinne der Einbeziehung der gesamten Bevölkerung. Unverzichtbar sind daher die Bestandsaufnahme und der Vergleich der Lebensrealitäten von Frauen und Männern innerhalb des Landes. Sie sind in mehrfachem Sinne das Zielpublikum der nachhaltigen Entwicklung. Ihr Lebensstandard soll gesichert werden und ihre Lebensqualität erhalten bleiben. Sie sind aber auch Akteure und Akteurinnen der nachhaltigen Entwicklung des Landes. Sie sind (neben den Arbeitnehmenden aus den Grenzgebieten der Nachbarländer) ein Teil des bestehenden sowie des zukünftigen Arbeitspotentials und von ihnen hängen zum anderen die demografische wie auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ab. Folgende Bereiche zeigen die ungleichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern:

Politik: 3 Frauen und 12 Männer bilden die Regierung. In der Abgeordnetenkammer sind 14 Frauen und 46 Männer. Der Staatsrat zählt 3 Frauen und 18 Männer. In den 116 Gemeinden finden wir 13 Bürgermeisterinnen. Das Ungleichgewicht in der Repräsentation der Bevölkerung in Bezug auf das Geschlecht ist deutlich sichtbar in der heutigen demokratischen Staatsstruktur. (Stand: 9.3.2009, A.d.R.)

Privatleben: Nur 23 % der Arbeitnehmenden, die Elternurlaub beanspruchen, sind Männer, während Frauen zu 96 % den ersten und zu 77 % den zweiten Elternurlaub in Anspruch nehmen. Zwischen 32 und 36 % der Frauen arbeitet Teilzeit gegenüber von 3 bis 7 % der Männer. Von den Männern, welche den Elternurlaub in Anspruch nehmen, sind ungefähr ein Drittel Arbeitnehmer aus

der Großregion. Eine Veränderung der Geschlechterrollen in Richtung gleichberechtigte Partnerschaft im Privatleben ist im Ansatz sichtbar, benötigt jedoch ein Umdenken in der Gesellschaft und auch in der Wirtschaft. Beide sind mitverantwortlich für eine kinderfreundliche Gesellschaft und für die Lösung des Demografieproblems.

Wirtschaft: Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus, um die Chancengleichheit der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt sicherzustellen. 54,6 % der Frauen und 72,6 % der Männer sind berufstätig. Zwar hat es Fortschritte gegeben, doch ist das „modernisierte Ernährermodell“ mit vollzeitiger Er-

werbstätigkeit des Mannes und keiner oder Teilzeittätigkeit der Frau weit verbreitet geblieben. Dieses Modell führt zu lang andauernden Benachteiligungen der Frauen hinsichtlich Einkommen, sozialer Sicherung und Karrierechancen; der Aufstieg in Führungspositionen ist Frauen ungleich schwieriger als Männern und wird ihnen noch weitgehend verwehrt. Als Folge dieser Situation sind in den Verwaltungsräten der Unternehmen nur 16 % Frauen vertreten. In Unternehmen mit mehr als 15 Personen sind nur 24 % Frauen in der Direktion. Was die **Lohnungleichheiten** betrifft, kann man einen Unterschied von etwa 14 % feststellen. So beträgt der durchschnittliche monatliche Bruttolohn

© Jean Fischbach



männlicher Arbeitnehmer 3 939 EUR gegen 3 168 EUR für weibliche Arbeitnehmer. 23 % der Frauen verdienen weniger als 2 000 EUR pro Monat, dieser Prozentsatz erreicht bei den Männern nur 10 %.¹⁹ Der Lohnunterschied hat sich in den letzten 10 Jahren kaum verringert. Auch was die **Arbeitslosigkeit** betrifft, bleiben Frauen benachteiligt. Zwischen 25 und 54 Jahren ist das Risiko arbeitslos zu werden bei gleichen Bedingungen (Alter, Nationalität, Alter bei Einwanderung und Studienniveau) zweimal höher für die Frauen als für die Männer.²⁰ Obschon die Erwerbsquote der Frauen kontinuierlich zunimmt, ist das Ziel der Lissabon-Strategie, eine Quote von 60 % (überwacht durch den entsprechenden EU-Strukturindikator), bis 2010 nicht mehr erreichbar. Nicht außer Acht zu lassen ist auch der Umstand, dass Arbeitnehmerinnen durch ihre Abgaben zu dem Fortbestand der Versicherungssysteme beitragen und ihre eigene Altersversorgung sichern. Zu verfolgen ist die negative Auswirkung der Teilzeitarbeit auf die Rentenansprüche der Frauen und die im Falle einer Scheidung oftmals nachfolgende Abhängigkeit von staatlichen sozialen Absicherungen. Gleichzeitig unterliegen Frauen in der Gesellschaft weiterhin dem traditionellen Rollenbild der für Erziehung, Versorgung und Pflege zuständigen Person.

Die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männern in der Politik und in der Wirtschaft sowie ein gleichberechtigtes Zusammenleben tragen nicht nur zur Verbesserung der gesellschaftlichen Strukturen bei. Familienverantwortung gilt unter Führungskräften inzwischen als harter Standortfaktor

Nur 23 % der Arbeitnehmenden, die Elternurlaub beanspruchen, sind Männer, während Frauen zu 96 % den ersten und zu 77 % den zweiten Elternurlaub in Anspruch nehmen.

und die Balance von Familienleben und Arbeitswelt, d. h. die Teilnahme des gesamten menschlichen Potentials an der Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft, als Schlüsselfaktor nachhaltiger Entwicklung.²¹

Gleichzeitig muss im Sinne einer nachhaltigen Gesellschaft die Nicht-Erwerbsarbeit sichtbar gemacht und berücksichtigt werden. Ohne die als Reproduktionsarbeit bezeichnete Erziehungs-, Haushalts- und Pflegearbeit, die überwiegend von Frauen und unentgeltlich geleistet wird, kann unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Im Sinne einer geschlechtergerechten Gesellschaft gilt es gleichzeitig, die

Verteilung dieser Arbeiten zwischen Männern und Frauen zu hinterfragen.

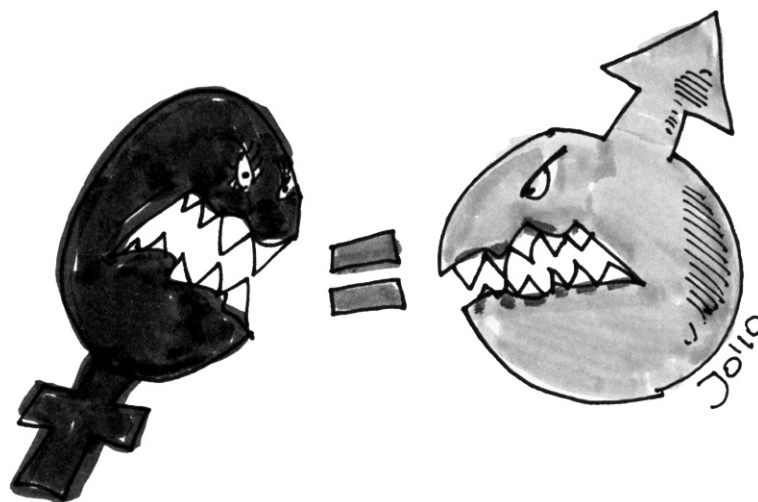
Die Gleichstellung von Männern und Frauen durch gender mainstreaming ist ein übergreifendes Qualitätsziel des gesamten Nachhaltigkeitsplans. Jede Maßnahme muss auf ihre eventuell unterschiedliche Auswirkung auf Frauen und Männer untersucht werden, um eine negative Auswirkung auf ein Geschlecht zu verhindern. Die Zuhilfenahme von Maßnahmen wie dem Gender Budgeting tragen dazu bei, Unterschiede deutlich und quantifizierbar zu machen und sie damit auch zu bekämpfen.

In der gesellschaftlichen Wahrnehmung ist ein Abbau der Geschlechterrollen-Clichés zu fördern und so ein besseres Verständnis für die Gleichwertigkeit der Geschlechter zu unterstützen, das unterschiedliche, frei gewählte Lebensführungen für alle Männer und Frauen erleichtert, z. B. in Form einer höheren Beteiligung der Männer an der Haushaltsführung und in Pflege- und Versorgungsberufen, sowie eine Stärkung von Qualifikation, Erwerbsbeteiligung (Lissabon-Ziel) und Unternehmerinnengeist bei Frauen.

¹⁹ Marché du travail: Egalité hommes-femmes, mythe ou réalité? Cahier économique du STATEC n° 105.

²⁰ idem

²¹ S. Brandl (2007). Arbeitswelt und Nachhaltigkeit – Perspektiven für das 21. Jahrhundert. WISO 30(3): 34-48



14. Defizite an kohärenter Governance

Kohärenz bezieht sich hier sowohl auf die horizontale, also interministerielle Koordination, als auch auf die vertikale zwischen Staat und Kommunen sowie mit den Grenzregionen, einschließlich der Zielabstimmung zwischen den Ressorts und der Gestaltung wie Umsetzung europäischer Politik. Governance weist darauf hin, dass es nicht nur um Abstimmungsprozesse innerhalb der Regierung, sondern auch zwischen Regierung und Zivilgesellschaft geht.

Während solche Abstimmungsprozesse punktuell gut funktionieren, ist dies übergreifend nicht der Fall. In manchen Bereichen funktioniert die Abstimmung beispielhaft; so ist Luxemburg ein Paradebeispiel für die Umsetzung der Lissabon-Strategie, einschließlich Monitoring und Berichterstattung. In anderen Bereichen, wie bei der Nachhaltigkeitsstrategie, waren in der Vergangenheit Kohärenz, Überwachung und Berichterstattung deutlich unter dem europäischen Standard.

Infolge einer zunehmend bürokratischen Abgrenzung von Zuständigkeitsbereichen bleibt trotz vieler Arbeitsgruppen und Stellungnahmen in der interministeriellen Koordination die Einbindung *de facto* begrenzt. Nicht nachhaltige Trends bestehen in der Abschottung von Zuständigkeiten und der Formalisierung von Verwaltungsabläufen. Dies führt zur Gefahr von Doppelarbeit oder sich gegenseitig konterkarierender Initiativen. Die Chance, in einer vergleichsweise kleinen Verwaltung durch „kurze Dienstwege“ und informellen Austausch pragmatische und unbürokratische Lösungen zu finden, wird nicht hinreichend genutzt.

Die Kooperation mit der Zivilgesellschaft kann – zumindest in Teilbereichen – noch verbessert werden, insbesondere durch frühzeitige Einbindung in Prozesse der Politikentwicklung. Zur Verankerung der Nachhaltigkeit in der Gesellschaft wird auch die verstärkte Einbeziehung

von Parlament und Nachhaltigkeitsrat beitragen.

Die Kohärenz der Politik von Staat und Kommunen sowie die Abstimmung der Kommunen untereinander sind nicht zufriedenstellend (dies betrifft Ziele, Instrumente und Mitteleinsatz); hier überschneiden sich politische und persönliche Interessen, formale Zuständigkeiten und

Bei der Nachhaltigkeitsstrategie waren in der Vergangenheit Kohärenz, Überwachung und Berichterstattung deutlich unter dem europäischen Standard.

informelle Blockadepotenziale und bilden ein Hindernis für effizientes und kohärentes politisches Handeln. Statt kreativer Einzelmaßnahmen ist eine umfassende Reform der Gemeindefinanzen vorzuziehen.

Für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung negativ sind ein Kompetenz- und ein Politikdefizit: politisch fehlen bisher klare Prioritäten (ist Nachhaltigkeit wirklich übergeordnet oder wird sie zur Zusatz-Politik?). Während mit der CIDD eine spezielle Governance-Struktur innerhalb der Administration existiert, die die Konsistenz von Zielen und Maßnahmen herstellen kann, fehlt eine institutionalisierte Koordination (nicht notwendigerweise ein Gremium, aber ein fester Koordinationsprozess), der die politischgesellschaftlichen Aspekte zusammenbringt, z. B. ein regelmäßiger Abstimmungsprozess der betroffenen Mitglieder des Regierungsrats.

Administrativ fehlt „capacity building“, also die Vermittlung des Konzepts Nachhaltigkeit und der sich daraus ergebenden Querschnittsansätze, die durch Verwaltungsabläufe umgesetzt werden müssen, die weniger zuständigkeits- und

mehr problemorientiert sind. Politikevaluationen und Berichterstattungen der Einzelressorts zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung haben sich in anderen Ländern als Mittel erwiesen, gegen derartige Defizite anzugehen.

Aufgrund der engen Vernetzung Luxemburgs mit den grenznahen Regionen in Belgien, Deutschland und Frankreich kann sich eine längerfristig orientierte Governance nicht nur auf die interne Koordination und interne Entscheidungsprozesse beschränken. Besonders in den strategisch relevanten Bereichen der Landesentwicklung sind Wege zu finden, um durch eine gestärkte Zusammenarbeit mit den Grenzregionen und angepasste Planungsprozesse grenzübergreifender Natur, nachhaltigere Entwicklungsoptionen und Lösungen zu identifizieren und umzusetzen und so eine bessere Verteilung der Vor- und Nachteile der jeweiligen Entwicklungsszenarien der Grenzräume herzustellen.

Das Qualitätsziel in diesem Bereich ist eine kohärente „Governance“, einschließlich Koordination, Kommunikation, Partizipation und Transparenz.

Innerhalb der staatlichen Strukturen ist das Ziel eine bessere Abstimmung zwischen den Ministerien (Beteiligung aller problemrelevanten Ministerien, Abstimmung der Maßnahmen), um eine Integration wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Belange zu erreichen (Vermeidung von Doppelarbeit und sich gegenseitig konterkarierender Initiativen), Berücksichtigung unvorhergesehener Nebenwirkungen durch frühzeitige Folgenabschätzung („Integrated Assessment“), Suche nach Synergien.

Ein zweites Ziel ist die optimale Aufteilung der Kompetenzen zwischen Gemeinden und Staat, die eine effiziente und kohärente Umsetzung von Regelungen gewährleistet und in diesem Rahmen ein Höchstmaß lokaler Autonomie ermöglicht und die interkommunale/regionale Kooperation fördert.